

ONLINE-PUBLIKATION

Carsten Braband und Mario Candeias

Nach der Trennung

Eine Anti-Establishment-Partei?
Zur Verortung des «Bündnis
Sahra Wagenknecht»
im Parteiensystem

**ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG**

CARSTEN BRABAND ist Sozialwissenschaftler. Er beschäftigt sich mit politiksoziologischen Fragestellungen und der Wählerschaft linker und rechtspopulistischer Parteien, Mitglied im Gesprächskreis Klassen- und Sozialstrukturanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

MARIO CANDEIAS ist Politikwissenschaftler, Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien und Parteien sowie ehemaliger Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

ONLINE-Publikation 1/2024

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2567-1235 · Redaktionsschluss: Januar 2024

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

INHALT

Einleitung	4
BSW, Die Linke und ihre Mitglieder	5
Positionierung und Charakterisierung der Partei: (K)ein linkes Projekt?	6
Positionen der Wähler*innen und die mögliche Basis des BSW	10
«Beben» oder «Wahl-Fiasko»?	15
Konkurrenz für wen?	17
Literatur	19
Anhang	21

EINLEITUNG

Nach langem Vorlauf ist die Geschichte deutscher linker Parteien nun um eine Abspaltung reicher: Sahra Wagenknecht, die ehemalige Ko-Vorsitzende der Fraktion der Linken im Bundestag, ist zusammen mit zehn Bundestagsabgeordneten am 23. Oktober 2023 aus der Partei Die Linke ausgetreten. In der am 8. Januar 2024 gegründeten Partei «Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit e. V.» (BSW) soll sie als Ko-Vorsitzende und Namensgeberin eine zentrale Rolle einnehmen. Im Laufe des Jahres 2024 soll die Partei bei den Wahlen zum Europäischen Parlament antreten. Die Teilnahme an den Landtagswahlen in drei ostdeutschen Bundesländern wird ebenfalls angestrebt, steht allerdings noch unter finanziellem und personellem Vorbehalt.¹

Der Parteigründung des BSW wurde monatelang eine enorme mediale Aufmerksamkeit zuteil. Manche Umfragen bescheinigten ihm beachtliche Erfolgsaussichten mit Wahlanteilen von bis zu 14 Prozent.² Schnell wurde eine Wagenknecht-Partei als letzte Rettung gegen drohende Wahlerfolge der AfD gesehen, insbesondere im Osten. Andere verwiesen darauf, dass eine solche Partei durch das Übernehmen von Positionen der radikalen Rechten in ihren Kernthemen diese weiter normalisieren, legitimieren und damit auch in Wahlen stärken könnte (bspw. Mudde 2024; Braband 2023; Nachtwey 2023a). Das Forsa-Umfrageinstitut wiederum sieht das BSW auf dem Niveau von Kleinstparteien – würde das BSW aktuell in einer Wahl antreten, drohe ihm demzufolge «ein Wahl-Fiasko» (Berliner Zeitung, 14.12.2023), bei dem es deutlich am Einzug in den Bundestag scheitern würde. Gleichzeitig gehen die Prognosen zur Partei Die Linke auseinander: Während manche mit dem Austritt Wagenknechts ihr Ende prophezeien, betonen andere die damit verbundenen Chancen zur Neuaufstellung. Welche Konsequenzen diese Neugründung überparteilich für die politische Linke hat, wird auch davon abhängen, an wen sich das BSW programmatisch richtet und wo es sich zwischen den bestehenden Parteien positioniert.

Für Die Linke bedeutet das BSW unmittelbar den Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag. 2021 mit einem Ergebnis von 4,9 Prozent der Zweitstimmen und drei Direktmandaten in den Bundestag eingezogen, schrumpfte die Anzahl der Abgeordneten der Partei durch die Austritte von 38 auf 28. Die Abgeordneten beider Parteien haben nun beantragt, als zwei

getrennte parlamentarische Gruppen anerkannt zu werden. Die Entscheidung des Bundestages über diese Anträge steht noch aus.

Wie konnte es dazu kommen, und ist das nun das Ende der Partei Die Linke auf Bundesebene? In jedem Fall ist die Partei in ihrer vorherigen Form auch an Widersprüchen ihrer Gründungsgeschichte gescheitert (Kahrs 2022). Mit einer mehrdeutigen Vielstimmigkeit und «mixed messages» hatte die Partei Wähler*innen und Aktive lange verunsichert (Candeias 2021). Eine außenwirksame Beilegung der innerparteilichen Konflikte und die Herstellung von Klarheit wäre in jedem Fall notwendig gewesen, um das seit nunmehr sechs Jahren vorherrschende Bild einer zutiefst zerstrittenen und mit sich selbst beschäftigten Partei grundlegend zu erneuern.³ Aber die Gegensätze innerhalb der Partei Die Linke waren längst unheilbar verhärtet. Die Trennung war notwendig geworden.

Doch entgegen medialer Untergangserzählungen ist nicht das Verlassen der Partei durch Wagenknecht und ihr Umfeld, sondern das politische Patt in der Partei die größere Gefahr für ihr Fortbestehen gewesen. Die Gründe der Trennung sind vielfältig (vgl. bspw. Candeias 2021, 2022) und durch gesellschaftliche Verschiebungen und Konflikte bedingt. Stets verwoben sich aber auch Fragen politischer Taktik und Programmatik mit Kämpfen um innerparteiliche Macht. Diskutabel ist, ob, wie und zu welchem früheren Zeitpunkt die Trennung hätte vermieden werden können. Letztlich gab es in der Partei keine Mehrheiten für die Positionen der Gruppe um Wagenknecht, die dann versuchte, sich immer stärker öffentlich gegen die Partei zu profilieren.

Für Die Linke kann dies nun auch eine Chance sein für eine klare Kommunikation, ohne permanentes und prominentes Kreuzfeuer aus den eigenen Reihen. Denn nicht nur die Ampel-Regierung lässt angesichts ihrer unsozialen Politik, ihres Scheiterns in der Klima- und Wirtschaftspolitik und rechter Positionen in der Migration viel Raum für eine linke Partei. Auch Wagenknecht scheint sich mit ihrem neuen Projekt inhaltlich selbst über migrations- und gesellschaftspolitische Fragen hinaus deutlich von zahlreichen linken Positionen abzusetzen und so Raum zu lassen für eine soziale und ökologische, linkssozialistische Partei. Ihren einstigen Vorbildern wie Bernie Sanders, Jean-Luc Mélenchon oder Jeremy Corbyn

1 Vgl. www.welt.de/politik/deutschland/article249218816/Buendnis-Sahra-Wagenknecht-Antritt-bei-Landtagswahlen-ungewiss.html; vgl. auch das Interview im «ZDF-Morgenmagazin» mit Sevim Dağdelen: <https://x.com/manaf12hassan/status/1740822223672193484?s=20>.

2 Vgl. www.merkur.de/politik/union-linke-wahlen-wagenknecht-partei-umfrage-buendnis-bsw-umfrage-afd-zr-92642576.html und www.theguardian.com/commentisfree/2023/oct/31/germany-left-far-right-new-party-sahra-wagenknecht.

3 Vgl. Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» der Rosa-Luxemburg-Stiftung: Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch, 9.6.2022, unter: www.rosalux.de/mediathek/media/element/1777.

(vgl. Candeias 2018) folgt sie nicht mehr, eher der dänischen Sozialdemokratie mit ihrem harten Kurs in der Migration. Sie selbst und viele Kommentator*innen haben ihren Kurs als «linkskonservativ» bezeich-

net. Sie selbst vermeidet den Begriff inzwischen. Und tatsächlich stellt sich die Frage, inwiefern ihr Projekt noch links ist. Wie ist das BSW also politisch einzuordnen?

BSW, DIE LINKE UND IHRE MITGLIEDER

Der Parteiaufbau wurde von einigen Beobachter*innen (Schwerdtner 2022) und auch von Wagenknecht selbst⁴ als zentrale Herausforderung einer erfolgreichen Parteigründung genannt. Das äußert sich bislang in einer restriktiven Mitgliederpolitik: Aufnahmeanträge sollen inhaltlich geprüft werden, um «schwierige Leute» fernzuhalten. Bis jetzt existiert für Außenstehende keine Möglichkeit, in das BSW einzutreten oder politisch mitzuwirken.

Personell baut das BSW mit seinen 44 Gründungsmitgliedern insbesondere auf zehn Bundestagsabgeordnete um Sahra Wagenknecht sowie einige ehemalige Amts- und Mandatsträger*innen der Partei Die Linke. Während es auf kommunaler Ebene einzelne Berichte von überlaufenden Stadt- und Kreisräten gibt,⁵ verbleiben die führenden Funktionär*innen auf Landesebene in übergroßer Mehrheit in der Partei Die Linke: 15 von 16 Landesvorständen haben sich gemeinsam mit dem Parteivorstand von der Abspaltung distanziert, zudem sind lediglich zwei der insgesamt 118 Abgeordneten aus den Landesparlamenten zum BSW gestoßen.⁶

838 Austritten aus der Partei Die Linke seit der angekündigten BSW-Parteigründung am 23. Oktober stehen bis Anfang Dezember 2023 mehr als 2.100 Neueintritte gegenüber, davon überproportional viele in Berlin.⁷ Einzelnen Berichten zufolge⁸ scheinen die Zu- und Abgänge in Stadt und Land ungleich verteilt zu sein; eine offizielle Statistik seitens der Partei steht in den nächsten Wochen zur Verfügung. In der Strömungslandschaft der Partei Die Linke beschränkte sich die Unterstützung Wagenknechts in den letzten Jahren vor allem auf die Sozialistische Linke, die nach

einer Spaltung und der anschließenden Gründung der Bewegungslinken nach 2018 Mitglieder und Einfluss verloren hatte. Wagenknechts langjährige politische Heimat, die in den Nachwendejahren in der PDS einflussreiche Kommunistische Plattform, hat sich trotz ihrer Kritik an der Linie des Parteivorstands von Spaltungsbestrebungen distanziert.⁹ Führende Gewerkschafter*innen innerhalb der Partei Die Linke haben die Ausrichtung des BSW aus gewerkschaftspolitischer Perspektive kritisiert.¹⁰ Ebenso haben sich andere Funktionär*innen in Partei und Rosa-Luxemburg-Stiftung von der Abspaltung distanziert, die in der Vergangenheit in einzelnen Themen Sahra Wagenknecht nahestanden bzw. eine Spaltung verhindern wollten. Auch wenn auf Mitgliederebene erst nach der BSW-Parteigründung Bilanz gezogen werden kann, sind große Absetzbewegungen aus der Partei Die Linke zum BSW bislang ausgeblieben. Die bis Dezember 2023 aus der Linken zum BSW übergetretenen Mitglieder und Funktionär*innen werden in jedem Fall nicht ausreichend sein, um eine neue Partei mit ihren Gliederungen auf Kreis- und Landesebene aufzubauen.

Leichter wird es, eine Liste für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2024 aufzustellen. Für diese Wahlen gilt keine Fünfprozenthürde und schon mit bescheidener Zustimmung kann der Einzug ins Parlament erreicht werden. Wagenknecht selbst wird nicht antreten. So hängt vieles von attraktivem Personal für die Wahlliste ab: Zu diesem Zweck konnte Fabio De Masi, der ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei Die Linke und prominenter Experte zu Finanzvergehen wie im Cum-Ex-Fall, als Spitzenkandidat gewon-

4 www.zeit.de/politik/deutschland/2023-12/wagenknecht-partei-vorsitzende-doppelspitze-linke.

5 So etwa die Stadtrat-Fraktionen Ueckermünde (www.zeit.de/news/2023-12/16/buendnis-sahra-wagenknecht-gewinnt-von-der-linken), Werdau (www.nd-aktuell.de/artikel/1178373.sahra-wagenknecht-wagenknecht-buendnis-in-sachsen-da-werden-noch-etliche-gehen.html), Oldenburg (www.nwzonline.de/oldenburg/buendnis-sahra-wagenknecht-linke-ratsmitglieder-aus-oldenburg-wechseln_a_4,0,2998984735.html) sowie Einzelne aus Zwickau (www.freipresse.de/zwickau/zwickau/zwickauer-ex-linkenchef-tritt-aus-partei-wie-eine-einzige-grosse-insolvenzmasse-artikel13173171), sowie Berlin (www.nd-aktuell.de/artikel/1179072.sahra-wagenknecht-bsw-nimmt-in-berlin-form-an.html).

6 Die beiden Abgeordneten auf Landesebene sind aus westdeutschen Gliederungen (Hamburg, Westberlin) ausgetreten (Quelle: Wikipedia-Artikel der Landesparlamente sowie Internetseiten der Landesverbände, Stand: 28.12.2023).

7 Vgl. www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-linke-nach-wagenknecht-abgang-mehr-mitglieder-gewonnen-als-verloren-19354324.html; zum 7.12.2023 wurden mehr als 700 Neueintritte in Berlin gezählt: <https://dielinke.berlin/aktuelles/die-linke-berlin-solidarisch-kaempferisch-vielfaeltig>. Die Eintrittswelle wurde begleitet von Eintrittsaufrufen aus sozialen Bewegungen (Aktivist*innen von #ichbinarmutsbetroffen, Seebücke etc.) und der außerparlamentarischen Linken.

8 www.freipresse.de/zwickau/zwickau/zwickauer-ex-linkenchef-tritt-aus-partei-wie-eine-einzige-grosse-insolvenzmasse-artikel13173171.

9 <https://kpf.die-linke.de/erklarungen/detail/die-partei-rettet-vier-mindestbedingungen>.

10 www.susanne-ferschl.de/2023/10/25/wenn-die-einheit-zu-bruch-geht-schwaecht-uns-das-alle/; www.freitag.de/autoren/nboehlke/parteineugruendung-warum-die-bsw-fuer-gewerkschafter-innen-keine-alternative-ist.

nen werden. Außerdem der ehemalige Düsseldorfer SPD-Oberbürgermeister Thomas Geisel, ein früherer Ruhrgas-Manager und bekennender Befürworter der Hartz-IV-Reformen. Im Frühjahr 2023 hatte er sich mit dem damaligen ukrainischen Botschafter Andrij Melnyk gestritten und dessen Ruf nach mehr Waffenlieferungen zurückgewiesen («Es reicht, Herr Melnyk.»). Er kritisierte die deutschen Lieferungen in die Ukraine, weil sie den deutschen Interessen schaden würden. Sahra Wagenknecht und Amira Mohamed Ali (ehemalige Vorsitzende der Fraktion Die Linke

im Bundestag) werden Vorsitzende des BSW. Stellvertretender Parteivorsitzender wird der Universitätsprofessor Shervin Haghsheno, ein ehemaliger Manager des Baukonzerns Bilfinger. Als Wirtschaftswissenschaftler forscht und lehrt er zu Lean Construction im Sinne des Lean-Production-Ansatzes, der unter anderem vorsieht, möglichst viele (Arbeits-)Kosten zu externalisieren. Christian Leye, ehemaliger Mitarbeiter von Wagenknecht und derzeit Bundestagsabgeordneter, wird Generalsekretär des BSW, der badische IT-Unternehmer Ralph Suikat Schatzmeister.

POSITIONIERUNG UND CHARAKTERISIERUNG DER PARTEI: (K)EIN LINKES PROJEKT?

Eine Partei politisch einzuordnen, die noch gar nicht gegründet ist, kann immer nur vorläufig sein. Ein Wahl- oder Parteiprogramm existiert noch nicht, nur ein Kurzprogramm der Partei sowie das Gründungsmanifest des Vereins BSW.¹¹ Um die Ausrichtung der Partei wird sicherlich in den kommenden Monaten noch gerungen werden. Wie der Name schon zeigt, wird die Person Sahra Wagenknecht jedoch eine herausgehobene Position in der neuen Partei einnehmen. Das Projekt beruht ja gerade auf einer starken Personalisierung (A. Wagner 2023; Nachtwey 2023a), was Sahra Wagenknecht auch großen inhaltlichen Einfluss verschaffen wird, und verfolgt einen organisationspolitischen Top-down-Ansatz. Insofern sind neben dem Gründungsmanifest die politischen Äußerungen Wagenknechts ein wichtiger Indikator für die künftige Ausrichtung des Projekts.

Die früher von Medien kritisch gemeinte, von manchen Linken durchaus positiv verstandene Charakterisierung Wagenknechts als «linkspopulistisch» wird kaum noch verwendet und trifft auch nicht mehr zu (vgl. Candeias 2018), auch wenn das BSW populistische Elemente nutzt. Wagenknecht selbst hat ihren Kurs in den vergangenen Jahren als «linkskonservativ» bezeichnet: sozial-ökonomisch links, gesellschaftspolitisch konservativ – sie befürwortet sozialen Ausgleich, fordert aber eine restriktivere Migrations- und Integrationspolitik. Hier erkennen Wagenknecht und ihr Umfeld eine Repräsentationslücke und möch-

ten diesen Wähler*innen ein politisches Angebot machen.¹² Dafür gibt es ein gewisses Potenzial (Hillen/Steiner 2020).¹³ In der Tat ordnen Beobachter*innen das Projekt als «links-autoritär» ein (bspw. Wagner u. a. 2023; A. Wagner 2023).¹⁴

Zugleich zeichnet sich ein besonderer Führungsmodus des Projekts ab: Eine volksbezogene und immer wieder auf den Volkswillen rekurrierende Form der Führung, die den das Projekt tragenden Bevölkerungs- oder potenziellen Wählergruppen aber die eigentliche politische Macht vorenthält. Wagenknecht zielt vor allem auf «die Repräsentation der passiven (und reaktionären) Fraktionen der unteren und Mittelklassen» (Nachtwey 2023b). Dieser politische Modus verfolgt einen stark medial ausgerichteten Ansatz, der die Konvergenz der vielen unterschiedlichen Gruppen und Forderungen, Identitäten und Kulturen eben diskursiv zusammenbindet und verdichtet. Das Mittel ist die mediale Polarisierung und Zuspitzung des politischen Feldes. Interessen werden aufgenommen und passiv abgebildet, diskursiv verbunden. Zweck ist die Sammlung der Vielen zur Unterstützung eines populistischen Projekts, in dem sie sich repräsentiert fühlen. Entsprechend agiert das Projekt nicht so sehr auf Ebene realer sozialer Bewegungen und Initiativen und des Engagements im Alltag, sondern versucht, die Sichtbarkeit entsprechender Forderungen zu erweitern, ihnen eine lautere und wirkungsvollere Stimme zu verleihen. Ziel ist die Ver-

11 Bündnis Sahra Wagenknecht – Gründungsmanifest, unter: <https://buendnis-sahra-wagenknecht.de/bsw/>.

12 Vgl. der Freitag 23/2022, unter: www.freitag.de/autoren/cbaron/sahra-wagenknecht-im-interview-ich-bin-keine-innerparteiliche-kaempferin/e8f945ba-6981-4443-a00b-188d79b10970.

13 Eine empirische Vermessung von Einstellungsprofilen in der deutschen Bevölkerung berichtet von einem mit dieser Heuristik korrespondierende Gruppe der «National-Solidarischen», die dort etwa 19 Prozent der Bevölkerung ausmachen und eins von sechs weiteren Einstellungsprofilen ist (Buchmayr 2022: 392). Interessanterweise gehört diese Gruppe zwar zu den Umverteilungsbefürworter*innen und ist kritisch gegenüber Migration eingestellt, vertritt aber ansonsten eher liberale kulturelle Positionen. Das deckt sich mit anderen Studien, die sich ebenfalls von voreiligen Polarisierungsdiagnosen sowie der These einer Lagerbildung abgrenzen und zeigen, dass die Annahme eines zweidimensionalen Raums der empirischen Realität politischer Einstellungen nicht gerecht wird (Lux u. a. 2022).

14 Häufig wird der Begriff von den Autor*innen aber synonym mit «linkskonservativ» genutzt.

schiebung gesellschaftlicher Diskurse und politischer Machtverhältnisse sowie die Eroberung parlamentarischen Einflusses (Candeias 2018).

Kommunikativ adressiert Wagenknecht die Statusängste und Bestrebungen nach Besitzstandswahrung derjenigen, die etwas zu verlieren haben. Nachtwey (2023a) nennt das eine «Ressentimentbewirtschaftung». Diesen macht Wagenknecht ein Angebot kultureller Aufwertung (ebd.). Die Anrufung von antiquierten Arbeiteridentitäten (vgl. Candeias 2021) und meritokratischem Leistungsverständnis wird kombiniert mit einer harten Denunziation eines progressiven Feminismus, von queeren Politiken und Menschen sowie Anti-Rassismus als «Lifestyle-Linke» und «Selbstgerechte». Damit bedient sie den Kulturkampf der Rechten und will die von der Linken vermeintlich enttäuschten AfD-Wähler*innen aus der Arbeiterklasse «zurückgewinnen». Doch selbst wenn sie sie für das neue Projekt gewinnen würde, was noch fraglich ist, gewinnt sie sie mit diesem Programm nicht für eine Linke zurück.

Für diese spezielle Form der Aufwertung der Arbeiter*innen ist Sahra Wagenknecht selbst habituell weit von der Arbeiterklasse entfernt (Nachtwey 2023a), nicht aber unbedingt Mitstreiter wie Klaus Ernst und Christian Leye. Im Gründungsmanifest spielt diese Art der Ansprache keine Rolle. Die Aufwertung wirkt von jeher instrumentell, dem Zweck der imaginierten Repräsentation untergeordnet. Eine Form der Führung, die mit Antonio Gramsci als «Cäsarismus» oder mit Karl Marx als «Bonapartismus» bezeichnet werden kann – hier kommt das populistische Moment wieder herein. Nur ist eben zu fragen, inwiefern dies noch ein linkes Projekt ist.

Einige migrationspolitische Positionen des BSW sind bekannt: Es tritt für eine Begrenzung der Migration ein; Wagenknecht will Sozialleistungen für abgelehnte Asylbewerber*innen¹⁵ streichen¹⁶ und stimmt wiederholt der Forderung des FDP-Rebellen Wolfgang Kubicki zu, eine Migrant*innenquote für Stadtteile zu schaffen:

«Ich finde, es sollte keine Stadtviertel geben, wo die Einheimischen in der Minderheit sind, und es sollte keine Schulklassen geben, in denen mehr als die Hälfte der Kinder kaum Deutsch spricht. Ganz davon abgesehen,

dass wir dringend Regeln brauchen, die verhindern, dass Zuwanderer in unserem Arbeitsmarkt als Lohndrücker missbraucht werden können.»¹⁷

Wagenknecht wendete dies auch direkt gegen den Aufenthaltsstatus von Migrant*innen: «Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht verwirkt.» (n-tv.de, 12.1.2016)¹⁸ Seit der großen Migrationsbewegung von 2015 ist dieser Anti-Migrations- und wohlfahrtschauvinistische Diskurs in ihrer Kommunikation zentral (Nachtwey 2023b) und stand im Widerspruch zu den Positionen der eigenen Partei – vermeintlich, um der AfD in dieser Frage nicht das Feld zu überlassen. Wie sehr sich Wagenknechts vor Parteigründung geäußerten Positionen im Programm des BSW niederschlagen werden, bleibt abzuwarten.

In der Klimapolitik nutzt Wagenknecht dieselben Muster der Kommunikation: Sie kritisiert die Politik der Regierung und vor allem von Bündnis 90/Die Grünen als unsozial, «verrückt» und «dumm», besonders hart in ihrer Opposition gegen das sogenannte Heizungsgesetz (inkl. Falschinformationen über Wärmepumpen),¹⁹ aber anders als die Partei Die Linke nicht, indem sie überzeugendere sozial-ökologische Konzepte vorschlägt, sondern indem sie die Bedeutung der Klimapolitik relativiert. Entsprechend tritt das BSW gegen das Aus des Verbrennermotors auf nationaler Ebene, gegen die vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien (vgl. Pressekonferenz vom 8.1.2024) und im Gründungsmanifest ähnlich wie die FDP für «Technologieoffenheit» ein: «Der wichtigste Beitrag, den ein Land wie Deutschland zur Bekämpfung von Klimawandel und Umweltzerstörung leisten kann, ist die Entwicklung innovativer Schlüsseltechnologien für eine klimaneutrale und naturverträgliche Wirtschaft der Zukunft.» Damit wird der ökologische Umbau in die fernere Zukunft verschoben, und es werden immer wieder Scheinlösungen wie synthetische Kraftstoffe (für die besonders Klaus Ernst lobbiert) ins Spiel gebracht.

Konservative (bis reaktionäre) Positionen vertritt Wagenknecht bei gleichstellungs- und minderheitspolitischen Themen, die oft unter dem Begriff «Identitätspolitik» diskutiert werden. So lehnte sie etwa das kürzlich beschlossene Gesetz für geschlechtliche Selbstbestimmung²⁰ sowie die Verwendung

15 Sie nutzte hierbei falsche Zahlen zu abgelehnten Asylanträgen (Pressekonferenz vom 8.1.2024): Wagenknecht behauptete, weniger als ein Prozent derer, die einen Asylantrag stellen, hätten wirklich ein Recht auf Asyl. Tatsächlich liegt die Quote der Anerkennung bei 51,8 Prozent; vgl. www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265711/asylentscheidungen-und-klagen/?s=09.

16 Vgl. «Markus Lanz», 19.9.2023, ZDF, unter: www.zdf.de/gesellschaft/markus-lanz/markus-lanz-vom-19-september-2023-100.html.

17 Interview bei Web.de, v. 17.5.21 <https://web.de/magazine/politik/wahlen/bundestagswahl/sahra-wagenknecht-viertel-einheimische-minderheit-35809050>; ebenso im November 2023: <https://www.magdeburger-news.de/?c=20231108203457>.

18 www.n-tv.de/politik/Wagenknecht-sieht-Grenze-fast-erreicht-article16751091.html.

19 Vgl. Uwe Witt: Heizungstausch: Mythen und Wahrheiten, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2023, unter: www.rosalux.de/heizungstausch-mythen-und-wahrheiten; Lorenz Gösta Beutin: Rechter Kulturkampf ums Heizungsgesetz, in: LuXemburg, August 2023, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/kulturkampf-um-heizungsgesetz/>.

20 «Von Ideologie getriebene Politik»: Wagenknecht hält neues Selbstbestimmungsgesetz für «absurd», in: Der Tagesspiegel, 16.6.23, www.tagesspiegel.de/politik/von-ideologie-getriebene-politik-wagenknecht-halt-neues-selbstbestimmungsgesetz-fur-absurd-9998650.html.

geschlechtergerechter Sprache ab²¹ und polemisiert in ihrem Buch «Die Selbstgerechten» gegen «Life-style-Linke». Das BSW selbst gibt in seinem Gründungsmanifest an, sich gegen «Cancel Culture» und die angebliche Verengung des Meinungskorridors einzusetzen. Kontrafaktisch wird von Wagenknecht und ihren Anhänger*innen die Behauptung aufgestellt, Die Linke vertrete nur junge, urban-akademische Milieus, betreibe Identitätspolitik mit Gendersternenchen und anderen Szenethemen wie Klimapolitik und vernachlässige die Friedens- wie die soziale Frage. Zwar bilden Identitäts- und Klassenpolitik «eben gerade kein[en] Widerspruch. Doch zur Sicherung eigener Einflüsse wird dieser vermeintliche Konflikt ständig befeuert», wie Daniel Reitzig (2021) in *Jacobin* schrieb.

In der Konsequenz wird Wagenknecht von politischen Kommentator*innen innerhalb und außerhalb der Linkspartei vorgeworfen, Kulturkämpfe von rechts zu führen (u. a. Nachtwey 2023a; Kahrs 2023). Ihre Positionen decken sich durchaus mit einzelnen Forderungen konservativer oder rechter Parteien. In jedem Fall sind diese Positionen nur schwerlich als «links» zu bezeichnen.

Zweifellos sind die Positionen des BSW zu Migration, Klima und Gleichberechtigung von Frauen und geschlechtlichen Minderheiten in einem negativen Sinne konservativ. Doch auch seine wirtschaftspolitische Haltung mit der starken Fokussierung auf kleine und mittelständische Unternehmen ist oft eher konservativ bzw. ordoliberal – Wagenknecht selbst bezieht sich gern auf die Schriften der ordoliberalen Schule in Deutschland. «Am Kapitalismus kritisiert sie die semif feudale Herrschaft der Großkonzerne, die Leistung, Innovation und (echten) Wettbewerb verhindere. Sie ist näher an Joseph Schumpeter als an Karl Marx.» (Nachtwey 2023a)²² Wagenknecht beschwört eine Sehnsucht nach der «unwahrscheinlichen Rückkehr des goldenen Zeitalters des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg» (Nachtwey 2023b). An die Stelle von Internationalismus sei ein nationalstaatlich orientierter Keynesianismus, an die Stelle von (planwirtschaftlicher) Kooperation kapitalistische Konkurrenz getreten. Mit diesem Fokus auf «nationale Souveränität» und «wirtschaftlichen Wettbewerb» bricht sie mit wichtigen Prämissen sozialistischer Transformationsstrategien bzw. -perspektiven.

Hier reihen sich auch ihre friedenspolitischen Aussagen ein: die Positionierung gegen geopolitische Blockbildung und Sanktionen gegen Russland. Die russische Aggression oder das Leid in der Ukraine werden zwar hin und wieder kurz benannt; entscheidend in der Argumentation ist aber, dass der Krieg den Interessen der Deutschen und der deutschen Industrie schade, insbesondere durch steigende Energiepreise (vgl. auch Nachtwey 2023a, 2023b). Entsprechend treten Sahra Wagenknecht und ihre Mitstreitenden für die Wiederaufnahme der Gaslieferungen aus Russland und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2²³ ein, um wieder an preiswerte Energie für Deutschland zu kommen. Hier treffen ihre wohlfahrtschauvinistischen, integrations- und außenpolitischen Positionen zusammen.

Zuletzt reihte sich Sahra Wagenknecht mit ihrer Zustimmung zu Sanktionen insbesondere für jüngere Arbeitslose und Bürgergeld-Bezieher*innen ein in einen ressentimentgeladenen Diskurs gegen vermeintlich ungerechtfertigte Sozialleistungen bei «mangelnder Mitwirkung» der Betroffenen, wie er von AfD und CDU/CSU bis hin zu Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) gepflegt wurde.²⁴ Sozialpolitisch hat sie bisher nur für höhere Renten und bessere Sozialleistungen für ältere Arbeitslose plädiert – weit weniger, als etwa das sozialpolitische Programm der Partei Die Linke umfasst. «Auch wer jahrelang gearbeitet und in die Sozialversicherung eingezahlt hat, wird schon nach einem Jahr Arbeitslosigkeit wie ein Bittsteller behandelt», heißt es im Gründungsmanifest mit Blick auf Beitragsgerechtigkeit. Ungleichheit und die mangelnde soziale Mobilität werden kritisiert, ebenso die Armut von Kindern, Alten und Alleinerziehenden trotz Arbeitslosenhilfe. Die Leistung der «Fleißigen» müsse wieder belohnt, Respekt und soziale Sicherheit wiederhergestellt werden: «Unser Ziel ist eine faire Leistungsgesellschaft mit echter Chancengleichheit und einem hohen Grad an sozialer Sicherheit.» Denn: «Der persönliche Wohlstand darf keine Frage der sozialen Herkunft sein, sondern muss das Ergebnis von Fleiß und individueller Anstrengung sein.» (Ebd.) Plädiert wird für eine moderate Umverteilung im Sinne einer eher retronormativen Vorstellung von wiederherzustellender Leistungsgesellschaft und «gesellschaftlichem Zusammenhalt» im nationalstaatlichen Kontext.

21 www.spiegel.de/politik/deutschland/spiegel-umfrage-haelfte-der-deutschen-befuerwortet-gender-verbot-fuer-staatliche-stellen-a-f611d490-cf36-4358-9054-f08392af9fdf.

22 Eine Abkehr vom Marxismus verfolgt Wagenknecht in ihren Büchern bereits seit Anfang der 2010er-Jahre. Vielleicht ist dies aber auch ein Echo des sogenannten Stamokap-Ansatzes, der Kritik des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie er von ehemaligen Jusos vertreten wurde, die später zentrale Positionen einnahmen (Gerhard Schröder, Olaf Scholz), oder auch von Teilen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die später zur Partei Die Linke wechselten und nun zum BSW. In Begriffen des Ordoliberalismus weckt dies aber keinen Verdacht auf Linksradikalismus, sondern erweckt vielmehr das Interesse an der linken Dissidentin bei rechtsliberalen Medien wie *FAZ* und *WELT*.

23 Vgl. Uwe Witt: Nord Stream 2. «Kurz & bündig»: Würde die Öffnung von Nord Stream 2 mehr Gas nach Deutschland bringen?, Rosa-Luxemburg-Stiftung, September 2022, unter: www.rosalux.de/publikation/id/46964/nord-stream-2.

24 Bei einem jungen Menschen «kann man schon erwarten, dass der sich auch sehr aktiv um Arbeit bemüht», sagte Wagenknecht. «Ich würde Menschen verpflichten, dass sie zum Beispiel eine angebotene Qualifizierung machen.» Vgl. Tagesspiegel, 16.11.2023, unter: www.tagesspiegel.de/politik/ich-wuerde-mich-nicht-kaufen-lassen-hunderttausende-euro-spenden-fur-wagenknecht-partei-ingesammelt-10787104.html.

Im Zusammenhang mit dem spezifischen Verständnis von Leistungsgerechtigkeit steht auch das Lob auf den deutschen Mittelstand, dem als *hidden champion* Anerkennung zuteilwird – im Gründungsmanifest ebenso wie in den Schriften von Wagenknecht. Kritisiert wird die Marktmacht der Konzerne, aber nicht die Politik des Mittelstands, die es Gewerkschaften häufig schwermacht, Arbeits- und Organisationsrechte durchzusetzen. Ein Verständnis des Klassen Gegensatzes (Eifler/Böhlke 2023) verschwindet hinter der Leistungsgemeinschaft aus «Arbeiterschaft» und «Unternehmen».

Die Kritik des BSW am Kurs der Bundesregierung in der Friedensfrage mag in einigen Punkten treffend sein, etwa die Ablehnung von Waffenlieferungen, die Bemängelung ausbleibender Initiativen für Friedensverhandlungen oder der einseitigen Haltung der Regierung im Gaza-Krieg – Positionen, wie sie ähnlich von der Partei Die Linke vertreten werden. Wagenknecht und BSW kommen allerdings über einen schlichten und daher antiquierten Antiimperialismus kaum hinaus, der die imperialen Ansprüche und Taten des Putin-Regimes und das Leid in der Ukraine ausblendet.

Auf der anderen Seite fordert das BSW mehr Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge, um den «Verfall der Infrastruktur» zu stoppen (vgl. Gründungsmanifest); Milliardär*innen sollen mit einer Vermögenssteuer zur Finanzierung herangezogen und leistungslose Gewinne von Konzernen mithilfe einer Übergewinnsteuer abgeschöpft werden (De Masi, Pressekonferenz vom 8.1.2024); ganz allgemein wird ein «zuverlässiger Sozialstaat» verlangt – also klassisch linke Forderungen, jedoch noch mit geringer Konkretion. Welchen Stellenwert die jeweils konservativen, liberalen, rechtssozialdemokratischen oder eben linken Versatzstücke haben werden, wird sich noch erweisen müssen.

Die Rhetorik des BSW bedient alle Merkmale populistischen Framings (Hawkins/Kaltwasser 2018: 8 f.), aber mit eklektischen moralischen und ideologischen Bezügen: Abgegrenzt wird sich nach oben *und* nach unten, unter Bezug auf Deutungsmuster und Normen mit linkem ebenso wie rechtem Einschlag: Anhand meritokratischer (Verdienstheits-)Maßstäbe werden Grenzen gezogen gegenüber leistungslosen Einkommen von Milliardär*innen ebenso wie von Bürgergeld-Bezieher*innen, die sich nicht ausreichend «bemühen» (Mau u. a. 2023: 70 ff.). Ebenso werden

«Unvernünftige», «elitär Abgehobene» und «Moralisten» als Outgroups identifiziert. Die Heuristik einer linkskonservativen Partei entspricht dabei nicht dem Selbstverständnis des BSW: Wagenknecht hat selbst erklärt, das neue Parteiprojekt sei kein «linkes». ²⁵ In ihrem Mix politischer Forderungen verfolgt sie den Anspruch, «Volkspartei» jenseits von rechts und links zu werden (vgl. Pressekonferenz vom 8.1.2024). Sie versteht das BSW als «völlig neue politische Kraft», das einen Platz «in der Mitte» einnimmt – wo sich bereits alle Parteien jenseits von AfD und der Partei Die Linke tummeln wollen. Konsequenterweise grenzt sich das BSW von der Parteienfamilie der europäischen Linksparteien ab und strebt auch nicht an, Teil der europaweiten Partei Europäische Linke zu werden (ebd.).

Diffus werden «Sachverstand, Vernunft und Augenmaß» angerufen (Pressekonferenz vom 8.1.2024), abzielend darauf, sich als kompetentere Alternative gegenüber den als «dumm» und «verrückt» kritisierten bestehenden Parteien darzustellen. Daraus folgen Selbstanspruch und Selbstbild, als Herausforderin des politischen Establishments letztlich an die Stelle bestehender Parteien zu treten (de Vries/Hobolt 2020). Dementsprechend mischen sich seit Wagenknechts Parteiaustritt auch andere nicht-populistische Töne in Wagenknechts Kommunikation. So hat sie sich in einem Interview offen dafür gezeigt, in Sachsen nach der Landtagswahl in eine Regierung mit der konservativen CDU einzutreten. ²⁶ In der Linken war Wagenknecht demgegenüber lange Zeit Vertreterin eines fundamental-oppositionellen Kurses (Lucke 2023). Mit Blick auf die vergleichende politikwissenschaftliche Literatur ließe sich das BSW treffend als «centrist anti-establishment party» (Engler 2020) einordnen: weder eindeutig links der Sozialdemokratie bzw. sozialistisch noch rechtsradikal. Einerseits sprechen verschiedene Aspekte dagegen, die Gesamtpartei als sozialistisch oder auch als Teil der sogenannten radikal linken Parteienfamilie (March 2011) zu kategorisieren: ²⁷ so die positiven Bezüge auf (mittelständisches) Unternehmertum, Wagenknechts Befürwortung von Sanktionen gegen Bürgergeld-Bezieher*innen in bestimmten Fällen und die darin enthaltene Einschränkung spezifischer kollektiver sozialer Rechte auch der Arbeiter*innenklasse als Ganzer; ihr ideologischer Bruch in wirtschaftspolitischen Fragen mit marxistischen Theorieelementen; der Bruch mit internationalistischen Positionen

25 Partei von Sahra Wagenknecht will sich nicht «links» nennen, FAZ, 27.10.2023, unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/warum-sahra-wagenknecht-ihre-neue-partei-nicht-links-nennen-will-19272234.html; zuletzt auch auf der Pressekonferenz vom 8.1.2024.

26 www.tagesspiegel.de/politik/landtagswahlen-im-osten-2024-wagenknecht-wurde-koalition-mit-der-cdu-eingehen-10683817.html.

27 March definiert radikal linke Parteien über ihre Ablehnung der «Struktur kontemporärer Kapitalismen und seiner Werte und Praktiken» bzw. ihren Anti-Kapitalismus, das Werben für alternative ökonomische und Machtstrukturen, die Forderung umfassender Ressourcenverteilung, das Eintreten für «kollektive ökonomische und soziale Rechte» und eine internationalistische Analyse und Praxis (March 2011: 8 f.; eigene Übersetzungen). In seiner Typologie fällt BSW auch wegen seiner eklektischen Forderungen am ehesten in die Gruppe der sozial-populistischen Parteien, die ihm zufolge nicht als dauerhaft der Gruppe der linksradikalen Parteien zugehört werden können (ebd.: 19).

bzw. Begründungen sowie das nicht-linke Selbstverständnis in Abgrenzung zur Europäischen Linken. Von der radikalen Rechten trennt BSW andererseits unter anderem dessen offensiver Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit (Mudde 2016: 296). Dass sich

dieser Zentrismus auch in den ideologischen Orientierungen potenzieller Wähler*innen wiederfindet, hat Implikationen für die Erfolgsaussichten der Partei (siehe unten).

POSITIONEN DER WÄHLER*INNEN UND DIE MÖGLICHE BASIS DES BSW

Wie sich das Bündnis Sahra Wagenknecht entwickelt und wie sich seine mögliche Etablierung auf andere Parteien auswirkt, wird auch von den Wähler*innen abhängen, die es anzusprechen vermag. Die politischen Orientierungen und Parteipräferenzen möglicher Sympathisant*innen des BSW wurden mittlerweile in einer wissenschaftlichen Studie untersucht. Die Parteienforscherin Sarah Wagner kommt zu dem Ergebnis, dass wirtschaftsliberal eingestellte Wahlberechtigte diesem Projekt aufgeschlossener gegenüberstehen – gemessen daran, die Person Sahra Wagenknecht positiver zu bewerten, als es Anhänger*innen der Linkspartei tun. Es neigen also nicht die Befürworter*innen von Staatsinterventionen und Regulierungen in der Wirtschaft in besonderem Maße zum BSW, sondern jene, die staatlichen Eingriffen skeptisch gegenüberstehen und dem Markt und seinen Akteuren freie Hand lassen wollen. Insbesondere sympathisieren migrationspolitisch und mit der Demokratie Unzufriedene und ferner jene, die sich selbst als konservativ verstehen, mit diesem Projekt (Wagner u. a. 2023).

Diesen Befund vergleichen wir mit den politischen Einstellungen der Wähler*innen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien. Wir verwenden hierfür Umfragedaten des Onlinepanels der Deutschen Wahlstudie (GLES) von Mai 2023 (GESIS 2023a, 2023b, 2023c).²⁸ Diese sind zwar für die Untersuchung deskriptiver Zusammenhänge nicht optimal und trotz umfassenderer Gewichtung nur

eingeschränkt repräsentativ, bilden aber eine aussagekräftige Näherung zu Einstellungsunterschieden zwischen den Wähler*innengruppen (siehe Methodenhang A3).²⁹

Auch hier zeigt sich, dass potenzielle BSW-Wähler*innen gemischte wirtschaftspolitische Auffassungen³⁰ haben und ihre Einstellungen leicht rechts vom Durchschnitt der Bevölkerung angesiedelt sind (siehe Abb. 1; rote Linie). Hierin ähneln sie den Wähler*innen der Unionsparteien. Auch mit Blick auf die Umverteilung von Einkommen³¹ sind potenzielle BSW-Wähler*innen nicht prononciert links eingestellt – insofern, dass sie sich nicht von der durchschnittlichen Umverteilungsforderung in der Bevölkerung unterscheiden. Damit stehen sie durchschnittlich ähnlich wie AfD- und Nichtwähler*innen zwischen den Wähler*innen von Union und FDP einerseits und von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Linke andererseits, während Linke-Wähler*innen die Verringerung von Einkommensunterschieden deutlich befürworten. Umverteilung finden zwar viele irgendwie gut, aber es dürfte eben unter den potenziellen BSW-Wähler*innen auch viele geben, die Vorbehalte gegenüber konkreten Maßnahmen haben. Dass sie sich vom Bevölkerungsdurchschnitt nicht unterscheiden, deutet zudem darauf hin, dass eine ökonomisch linke Positionierung von Wagenknecht kein ausschlaggebender Grund zu sein scheint, sie «gut» zu finden und die Wahl des BSW in Erwägung zu ziehen.

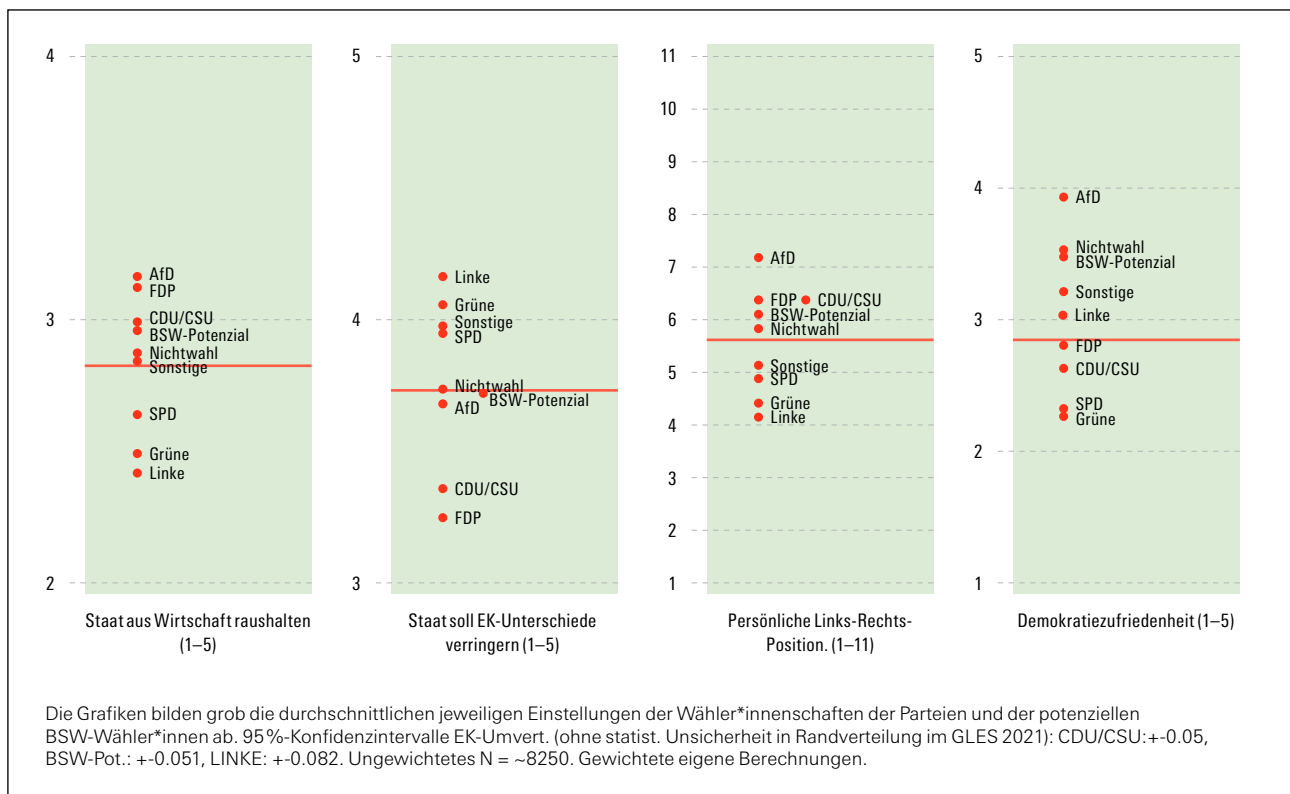
28 Die Deutsche Wahlstudie (GLES – German Longitudinal Election Study) ist die zentrale wissenschaftliche Untersuchung zu den gesellschaftlichen und politischen Einstellungen, Überzeugungen und Verhaltensweisen der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Sie wird von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung (DGfW) und mit renommierten wissenschaftlichen Institutionen wie der Universität Mannheim, der Goethe-Universität Frankfurt am Main und der Freien Universität Berlin durchgeführt. Auf deren Datenbasis stellte Carsten Braband eigene Berechnungen für die Rosa-Luxemburg-Stiftung an.

29 Während die Unterschiede zwischen den Wähler*innengruppen in der Tendenz aussagekräftig sein dürften, sollten die absoluten Werte nur vorsichtig interpretiert werden.

30 Die genauen Formulierungen der verwendeten Items werden im Folgenden in den Fußnoten berichtet. Wirtschaftspolitik: «Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft heraushalten.» Antwortskala: (1) «stimme überhaupt nicht zu» bis (5) «stimme voll und ganz zu».

31 Einkommensumverteilung: «Der Staat sollte Maßnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu verringern.» (Antwortskala von 1 bis 5, siehe oben).

Abbildung 1: Grobe Tendenzen der Einstellungsmittelwerte von Wähler*innen und des potenziellen BSW-Potenzials (eigene Grafik)



Auch der Blick auf das politische Selbstverständnis in einer Links-rechts-Dimension offenbart, dass sich potenzielle BSW-Wähler*innen im Durchschnitt deutlich von Linke-Wähler*innen unterscheiden.³² Einerseits haben die Wähler*innen der Partei Die Linke – wie die Wähler*innen fast sämtlicher westeuropäischer Schwesterparteien³³ (Gomez/Ramiro 2022: 129–131) – im Mittel ein eher linkes bzw. deutlich linkeres politisches Selbstverständnis als der Durchschnitt der Bevölkerung. Potenzielle BSW-Wähler*innen hingegen verstehen sich nicht als links, sondern verorten sich in der politischen Mitte, ähnlich wie FDP-, Unions- und Nichtwähler*innen, und noch rechts von Anhänger*innen der SPD. Ihr politisches Selbstverständnis ähnelt in dieser Hinsicht stärker den Wähler*innen der AfD als derjenigen der Linken.

Entgegen der These von der «linkskonservativen» Repräsentationslücke stehen hinter den Umfrageresultaten für das BSW also scheinbar keine wirtschafts- oder umverteilungspolitisch linken Präferenzen, und die potenziellen Wähler*innen verstehen sich im Schnitt auch nicht als links. Entscheidender sind die Elemente einer kulturell konservativen Anti-Establishment-Partei.

Als Anti-Establishment-Partei könnte das BSW kurzfristig von der politischen Unzufriedenheit profitieren und einige Wahlerfolge erzielen. Das zeigt sich daran, dass potenzielle BSW-Wähler*innen ebenso wie Nichtwähler*innen eher unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind.³⁴ Linke-Wähler*innen sind demgegenüber kaum unzufriedener als der Durchschnitt der Bevölkerung (im Unterschied zu früheren Jahren).

³² Links-Rechts-Identifikation: «In der Politik reden die Leute häufig von «links» und «rechts». Wo würden Sie sich selbst einordnen?» (1: links, 11: rechts)

³³ Eine Ausnahme bildet in der zitierten Untersuchung die irische Partei Sinn Féin.

³⁴ Demokratiezufriedenheit: «Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?» (1) «sehr zufrieden», (2) «zufrieden», (3) «teils/teils», (4) «unzufrieden», (5) «sehr unzufrieden».

Abbildung 2: Grobe Tendenzen der Einstellungsmittelwerte von Wähler*innen und des potenziellen BSW-Potenzials (eigene Grafik)



Politische Unzufriedenheit allein reicht aber nicht, vielmehr ist das BSW längerfristig noch stärker auf Unterstützung entlang *gesellschaftlicher* Konfliktlinien angewiesen: In Fragen der Klima- und Migrationspolitik sowie in der Frage geschlechtlicher Selbstbestimmung³⁵ sind Sympathisant*innen von Wagenknecht durchgehend konservativer eingestellt als der Bevölkerungsdurchschnitt, insbesondere bei den Themen Zuwanderung und Klima (siehe Abb. 2). Sie sind damit zwischen AfD sowie Union und FDP bzw. ähnlich letzteren beiden verortet. Die Wähler*innen der Partei Die Linke wiederum sind in diesen Fragen durchgehend progressiver eingestellt, wobei sie meist den Wähler*innen der SPD ähneln und jeweils weniger progressive Einstellungen als die Wähler*innen von Bündnis 90/Die Grünen aufweisen. Dabei sind Linke-Wähler*innen migrationspolitisch im Durchschnitt weder für eine Erleichterung noch für eine weitere Beschränkung von Zuwanderung. Das könnte ein Effekt des innerparteilichen Konflikts sein, deckt sich aber auch mit Befunden, denen zufolge

migrationspolitische Einstellungen – womöglich durch Besonderheiten der ostdeutschen Teilgesellschaft bedingt – in der Vergangenheit keinen Einfluss auf die Wahl der Linken ausübten bzw. Linke-Wähler*innen über die Jahre hinweg migrationspolitisch weder überdurchschnittlich progressiv noch konservativ eingestellt waren (Wurthmann 2022: 355 ff.; Gomez/Ramiro 2022: 125 ff.).

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist die Außen- und Friedenspolitik zu einem weiteren wichtigen Feld der politischen Auseinandersetzung geworden, das das BSW zu besetzen sucht. Während in der Bevölkerung insgesamt die Meinungen zur Lieferung schwerer Waffen³⁶ unentschieden sind, lehnen sie Wähler*innen des BSW eher ab. Auch die Wähler*innen der Partei Die Linke sehen diesen in Deutschland medial kontrovers diskutierten Teilaspekt der Außen- und Friedenspolitik ähnlich wie Nichtwähler*innen eher kritisch. In diesem Punkt unterscheiden sie sich deutlich von den Wähler*innen der mit ihr konkurrierenden SPD und von Bündnis 90/Die Grünen, die

35 Klima vs. Wirtschaftswachstum: «Manche meinen, dass die Bekämpfung des Klimawandels auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das dem Wirtschaftswachstum schadet. Andere meinen, dass das Wirtschaftswachstum auf jeden Fall Vorrang haben sollte, auch wenn das die Bekämpfung des Klimawandels erschwert.» (1: Vorrang Klimapolitik, 5: Vorrang Wirtschaftswachstum, skaliert von sieben auf fünf Ausprägungen). Migration: «Manche wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zugangsmöglichkeiten für Ausländer einschränken. [...] Welche Meinung haben Sie persönlich [zu dem] Thema?» (1: erleichtern, 5: einschränken). Geschlecht selbst festlegen (erhoben im Oktober 2022): «Jeder Mensch sollte sein Geschlecht selbst festlegen und beim Standesamt ändern können.» (1: «stimme überhaupt nicht zu», 5: «stimme voll und ganz zu»).

36 Schwere Waffenlieferungen: «Deutschland sollte auch schwere Waffen wie zum Beispiel Panzer an die Ukraine liefern.» (Antwortskala 1–5, siehe oben)

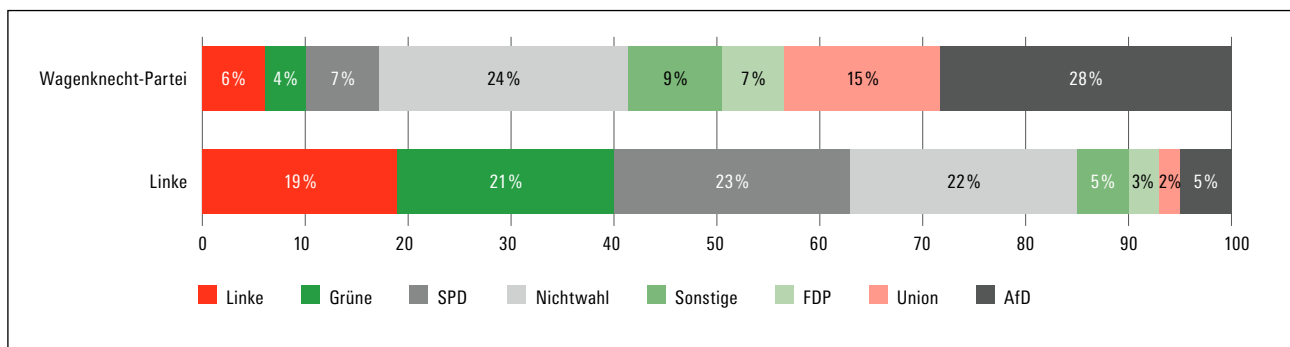
am ehesten die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine befürworten. Allerdings lehnen potenzielle BSW-Wähler*innen weniger stark als die Wähler*innen der Partei Die Linke ab, das Verteidigungsbudget auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen³⁷; eine Forderung, die gesamtgesellschaftlich etwas mehr Zustimmung findet als schwere Waffenlieferungen. Potenzielle BSW-Wähler*innen sind also weniger stark antimilitaristisch eingestellt als Wähler*innen der Linken.

*Zusammenfassend: Die potenziellen Wähler*innen des BSW sind bezüglich Fragen der Wirtschafts- und Umverteilungspolitik oder ihres politischen Selbstverständnisses nicht sonderlich links eingestellt, schon gar nicht mit Blick auf Migrations-, Klima- und Gleichstellungspolitiken.*

Die Wähler*innen, auf die das BSW abzielt, unterscheiden sich nicht nur in ihren Einstellungen stark von den (potenziellen) Wähler*innen der Partei Die Linke, sondern auch in ihrem gegenwärtigen Wahlverhalten. Analysen haben gezeigt, dass die deutliche Mehrheit der BSW-Sympathisant*innen aktuell für Parteien des konservativen Lagers stimmen würden, zuvorderst für die AfD. Linke-Wähler*innen sind für das BSW weniger relevant (Braband 2023). Dieser Befund lässt sich anhand der hier verwendeten Daten bestätigen und um Nichtwähler*innen bzw. Wähler*innen sonstiger Parteien erweitern. Wie der obere Balken in Abbildung 3 zeigt, machen AfD-Wähler*innen auch hier den größten Teil der potenziellen BSW-Wähler*innen aus, gefolgt von den Nichtwählenden, die hier nicht zu vernachlässigen sind.³⁸ Für die Erfolgsaussichten des BSW ist es also entscheidend, wie gut es ihm gelingt, seine migrations-

und gesellschaftspolitisch konservativen bzw. rechten Positionen mit einer populistischen Ansprache zu verbinden und so politisch unzufriedene Konservative, insbesondere unter den AfD-, Unions- und Nichtwähler*innen als Kernklientel für sich zu gewinnen. Die Kombination populistischer Stilmittel und kulturell konservativer Positionen dürfte hierfür zentral sein (Lewandowsky/Wagner 2022). Das gilt umso mehr, weil entgegen einer verbreiteten und auch von Wagenknecht geteilten Einschätzung die Mehrheit der AfD-Wähler*innen niemals Anhänger*innen linker Parteien waren, sondern vorher die Union oder gar nicht gewählt haben (Häusermann et al. 2021). Unter den gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und angesichts der in der Öffentlichkeit dominierenden Themen sind AfD-Wähler*innen im großen Ausmaß gezielt nur zu gewinnen, wenn ihre Positionen und Weltansichten bedient werden.³⁹ Die Linke kann im Gegensatz zum BSW vor allem unter Grünen-, SPD- und Nichtwähler*innen hinzugewinnen. Während das Wähler*innenpotenzial des BSW vor allem bei Anhänger*innen der AfD und der FDP (aber auch anderer radikal rechter Parteien; vgl. Candeias 2023) stark ist, können sich Befragte mit einer Wahlabsicht für Die Linke nur zu 4 Prozent vorstellen, eventuell auch die AfD zu wählen; umgekehrt sind es Null – zwischen AfD und der Partei Die Linke gibt es also kaum noch oder keine Überschneidungen. Es scheint sich zu bestätigen, dass der Austausch zwischen Wähler*innen von Die Linke und AfD schon seit Längerem abgeschlossen ist. Die Kantar-Umfrage im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Candeias 2023) vom November 2023 fördert hat hinaus wichtige Erkenntnisse über die

Abbildung 3: Zusammensetzung des BSW/Linke-Wahlpotenzials nach Parteipräferenz



37 Verteidigungsausgaben: «Deutschland sollte pro Jahr mindestens zwei Prozent seiner Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgeben.» (Antwortskala 1–5, siehe oben)

38 Nichtwähler*innen sind darüber hinaus schwierig repräsentativ zu erheben, weshalb diese Angaben mit Vorsicht zu genießen sind. Im Unterschied zu den Analysen oben wurde zusätzlich auf die Randverteilung der Wahlbeteiligung im Mai 2023 gewichtet und jene Personen, die nicht wissen, wen sie wählen wollen, zu den Nichtwählenden hinzugefügt.

39 Vgl. für eine kritische Sicht hierzu Mudde 2024.

soziostrukturellen und -demografischen Unterschiede zwischen den potenziellen Wähler*innen der Partei Die Linke und des BSW zutage gefördert. Hinsichtlich der Altersstruktur hat Die Linke etwa deutlich größere Potenziale bei jüngeren Menschen, während die potenziellen Wähler*innen von BSW strukturell älter sind (ebd.). Betrachtet man die Haushaltsnettoeinkommen, so zeigt sich, dass das Potenzial von Die Linke besonders bei Menschen mit geringem Einkommen stärker ist, während es beim BSW in Richtung mittlerer Einkommen verschoben ist.

Das Wähler*innenpotenzial der Linken ist bei Erwerbstätigen etwas höher (15 % gegenüber 14 % bei Nichterwerbstätigen) als dasjenige des BSW (10 % gegenüber 15 %). Mit Blick auf Altersstruktur, Haushaltseinkommen und Berufstätigkeit lässt sich schlussfolgern, dass das BSW vergleichsweise viele Rentner*innen anspricht, während Beschäftigte mit niedrigem Einkommen und Erwerbslose mehr zur Linken tendieren.

Überraschend sind die Werte im Ost-West-Vergleich. Wurde vielfach vermutet, gerade im Osten der Republik habe eine von Wagenknecht geführte Partei gute Chancen, so bestätigt die Kantar-Umfrage diese Annahme nicht. In Ostdeutschland verfügt Die Linke zu diesem Zeitpunkt über ein Wähler*innenpotenzial von 18 Prozent, das BSW von 13 Prozent. Letzterer Wert liegt nur leicht über dem BSW-Potenzial in Westdeutschland (12 %); Die Linke liegt im Westen bei einem Wähler*innenpotenzial von 14 Prozent.

«BEBEN» ODER «WAHL-FIASKO»?

Überhöhte Umfragewerte und der mediale Hype um das BSW

Über die längerfristig unklaren Aussichten hinaus gab es in den vergangenen Monaten eine enorme Spannbreite zwischen den BSW-Umfragewerten und den daraus folgenden Bewertungen seiner Wahlausichten. So wurde ein politisches «Beben» (Merkur, 31.10.2023) für möglich gehalten, das auch auf die kolportierte Beliebtheit und Strahlkraft Sahra Wagenknechts zurückgeführt wird. Andere erwarten deutlich geringere Werte und sprechen von einem drohenden «Wahl-Fiasko» (Berliner Zeitung, 14.12.2023). Beim Vergleich unterschiedlicher Umfragen und der einhergehenden Berichterstattung lassen sich meh-

Wagenknechts verstärkte Abwendung von links in die Mitte will Unzufriedene aus dem Feld von AfD, von Nichtwähler*innen und SPD gewinnen und zugleich möglichst viele Linke-Wähler*innen mitnehmen. Ein Spagat, der nicht nur für die Partei,⁴⁰ sondern auch für die Wähler*innen noch zu einer Zerreißprobe werden kann. Auch wenn zentristische Anti-Establishment-Parteien wie das BSW versuchen, Protestwähler*innen zu mobilisieren, teilen die Wähler*innen vieler dieser Parteien ein mehrheitlich eher linkes oder eben rechtes Selbstverständnis. Solche Parteien mit ideologisch heterogenem bzw. eher zentristischem Selbstverständnis wie das BSW, hatten in der Vergangenheit eher geringe längerfristige Überlebensaussichten (Engler 2020). Mit seinem eklektizistischen Anti-Establishment-Kurs der Mitte läuft das BSW Gefahr, ideologisch zu heterogene Gruppen von Wähler*innen anzuziehen, als dass sie längerfristig an eine Partei gebunden werden könnten. Sobald das BSW in der parlamentarischen Arbeit oder gar in Regierungsbeteiligungen dazu gezwungen wäre, sich eindeutiger ideologisch zu positionieren, dürften Schwierigkeiten auftreten, eine solche Wähler*innenkoalition zusammenzuhalten (ebd.).⁴¹ Sollte das BSW, wie die neuesten Umfragen suggerieren, hinter den im medialen Raum kursierenden Erwartungen zurückbleiben, könnte das für die Partei schnell zu einer existenziellen Gefahr werden.

rere Mängel ausmachen, aufgrund derer die Erfolgsaussichten des BSW in der Debatte überschätzt werden dürften. So wurde einerseits das Wahlpotenzial der Partei oft als realistischerweise zu erreichender Stimmenanteil interpretiert. Wahlpotenziale liegen allerdings oft um ein Mehrfaches über tatsächlich erzielten Wahlergebnissen von Parteien. Wahlpotenziale werden also von den Parteien unterschiedlich stark ausgeschöpft, weshalb die beiden Werte nicht miteinander vergleichbar sind. Noch wichtiger, andererseits: Befragte wurden in einigen Umfragen auf das BSW bzw. Sahra Wagenknecht «geprimt»⁴²: Die Erwähnung, dass Sahra Wagenknecht bzw. das BSW zur Wahl stünden, oder der Fakt, dass ausschließlich

40 Möglicherweise bilden sich (mindestens) zwei Flügel heraus: ein linkspopulistischer sowie ein eklektisch diffus- bis rechtspopulistischer Flügel um Wagenknecht.

41 Auch das spricht dafür, dass die Rolle inhaltlicher bzw. ideologischer Erwägungen beim Protestwahlverhalten oft unterschätzt wird (ebd.).

42 Der Begriff Priming bezeichnet in der Psychologie meist die Beeinflussung der Verarbeitung (Kognition) eines Reizes dadurch, dass ein vorangegangener Reiz implizite Gedächtnisinhalte aktiviert hat. Die Verknüpfung des Reizes mit speziellen Assoziationen im Gedächtnis aufgrund von Vorerfahrungen geschieht häufig und zum allergrößten Teil unbewusst.

nach einer Wagenknecht-Partei gefragt wird, wirkt suggestiv, lässt die Abwägung zwischen verschiedenen Parteien außen vor und führt so zu deutlich erhöhten Umfrageergebnissen. Dies betrifft etwa die Umfragen des Instituts INSA, das seit Monaten Wahlanteile von bis zu 14 Prozent für das BSW bei einer Bundestagswahl ausmacht.⁴³ Andere Umfragen ermittelten vor der Parteigründung hingegen Wahlanteile von 2 Prozent⁴⁴ und weniger.⁴⁵

Auch auf das Wähler*innenpotenzial zielende Umfragen deuten auf solche Priming-Effekte hin. Im Oktober und November 2023 wurden in Umfragen, die ausschließlich das BSW fokussierten, Wahlpotenziale von 27 (INSA) respektive 29 Prozent (Infratest-dimap) ermittelt. Eine Kantar-Umfrage im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung vom November 2023 hingegen erhob das Wähler*innenpotenzial auch für alle anderen Parteien und kam so auf ein BSW-Wähler*innenpotenzial von 12 Prozent. Dieser Wert liegt unter denjenigen aller anderen im Bundestag vertretenen Parteien einschließlich der Linken (15 %) (Candeias 2023).⁴⁶ Die erhöhten Umfragewerte stellen kein geringes Problem dar, da sie maßgeblich für die medial kolportierten Erfolgsaussichten des BSW verantwortlich sind.⁴⁷

Wie sind nun also die Wahlaussichten des BSW? In den ersten regulären «Sonntagsfragen» dazu kommt das BSW auf 4 Prozent. Dieser Anteil ist etwa so groß wie in vorherigen Umfragen der Anteil jener, die das BSW «auf jeden Fall» wählen wollen,⁴⁸ weshalb dies als valide Wasserstandsmeldung⁴⁹ angesehen werden kann.⁵⁰ Aktuelle Umfragen zur Wahrscheinlichkeit, das BSW zu wählen, zeigen, dass es hier durchaus noch Luft nach oben gibt – die prognostizierten

Werte dürften aber genauso wenig mit «Sonntagsfrage»-Werten vergleichbar sein.⁵¹

Hinzu kommt bei sämtlichen Umfragen, dass die politische Ausrichtung des BSW vielen noch unklar zu sein scheint und daher als Projektionsfläche für verschiedene Wünsche und Erwartungen fungieren kann: Im November 2023 konnten 75 Prozent der Wahlberechtigten das BSW politisch nicht einordnen und gaben an, «keine Vorstellung davon zu haben, welche Ziele die Partei verfolgt» (Berliner Zeitung, 14.12.2023). Während das Bündnis Sahra Wagenknecht wie alle anderen Parteien durch sein Auftreten weitere Wähler*innen für sich gewinnen kann, könnten sich Unklarheit und Ambiguität⁵² in den bestehenden Umfragen noch übermäßig vorteilhaft auswirken.

Um die Person Sahra Wagenknecht rankt sich ein als solcher bemerkenswerter medialer Hype, der im Einklang mit ihrer Selbstinszenierung steht. Das in solchen Beiträgen unter dürftigem Empiriebezug gezeichnete Bild von Wagenknecht als einer in weiten Teilen der Gesellschaft beliebten⁵³ oder zumindest polarisierenden⁵⁴ Politikerin, an der sich die Geister in Gegner und Fangemeinde scheiden, hält aber der Realität in Bevölkerungsumfragen nicht stand, auch wenn sie in sozialen Medien und auf Veranstaltungen auf großes Interesse und viel Zustimmung stößt und ihre Monografien sich gut verkaufen. Im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung war sie zuletzt eher unbeliebt.⁵⁵ Es findet sich in der Bewertung von Wagenknecht auch keine Polarisierung: Auch wenn ein kleinerer Teil der Bevölkerung ihr aufgeschlossen gegenübersteht, finden sich viele, die eine stark ablehnende Haltung haben oder unentschieden sind.

43 https://x.com/Wahlen_DE/status/1716466137276334133?s=20 \h.

44 www.welt.de/politik/deutschland/article246541374/Sahra-Wagenknecht-Zwei-oder-20-Prozent-Wie-wuerde-eine-Wagenknecht-Partei-abschneiden.html.

45 www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sahra-wagenknecht-droht-ein-wahl-fiasko-sagt-forsa-chef-matuschek-li.2167804.

46 Erfragt wurde das Wähler*innenpotenzial hier als Antwort auf die Frage «Welche der folgenden Parteien könnten Sie sich vorstellen, bei einer Bundestagswahl zu wählen?».

47 Vgl. www.merkur.de/politik/union-linke-wahlen-wagenknecht-partei-umfrage-buendnis-bsw-umfrage-afd-zr-92642576.html; www.theguardian.com/commentisfree/2023/oct/31/germany-left-far-right-new-party-sahra-wagenknecht. Auch eine Umfrage, die einen 25-prozentigen Stimmenanteil des BSW bei der Landtagswahl in Thüringen (im Juli 2023) ermittelte, kam von INSA: https://x.com/Wahlen_DE/status/1679454012511334400?s=20.

48 www.n-tv.de/politik/Wagenknecht-koennte-Linken-und-AfD-gefaehrlich-werden-article24327243.html; www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sahra-wagenknecht-droht-ein-wahl-fiasko-sagt-forsa-chef-matuschek-li.2167804.

49 In den «Sonntagsfragen» wurde das BSW – einem Wahlzettel am nächsten kommend – als Teil einer Liste bestehender Parteien genannt. Hierauf hat der Soziologe Andreas Hövermann auf X (vorm. Twitter) hingewiesen: <https://x.com/AndreasHoev/status/1745756796055109912?s=20>.

50 In einer weiteren INSA-Umfrage in der Woche nach der Parteigründung wurde das BSW nicht ausgewiesen. Der Wert der sonstigen Parteien lag aber gegenüber der Vorwoche um etwa 3 Prozent höher, was nahelegt, dass das BSW von Befragten möglicherweise berücksichtigt wurde. Ob der Wert mit anderen Parteien subsumiert wurde oder BSW nicht separat erfragt wurde, ist nicht ersichtlich.

51 Im Januar 2024 gaben im «Politbarometer» 17 Prozent der Teilnehmenden an, das BSW «wahrscheinlich» zu wählen, was einen Zuwachs darstellt (November 2023: 10 %). Neben den wohl erhöhten Werten aufgrund der Tatsache, dass nur nach dem BSW und nicht nach anderen Parteien gefragt wurde (s. o.), dürfte der Wert auch Antworten umfassen, die aufgrund von Unsicherheit in der Wahlpräferenz gegeben wurden, da es keine Mittelkategorie, also die Möglichkeit gab, zwischen «wahrscheinlich» und «wahrscheinlich nicht» abzustufen. Vgl. www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2024/Januar_2024/; www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/November_I_2023/.

52 Manche Parteien nutzen diese Ambiguität auch strategisch. Ergebnissen politikwissenschaftlicher Forschung zufolge neigen Wähler*innen im Allgemeinen dazu, ihre persönliche politische Distanz zu Parteien mit vagen Positionen zu unterschätzen und sie deshalb stärker zu unterstützen (Somer-Topcu 2015; Lehrer/Lin 2020).

53 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 8.1.2024, unter: www.sueddeutsche.de/meinung/wagenknecht-partei-bsw-start-kommentar-1.6329761.

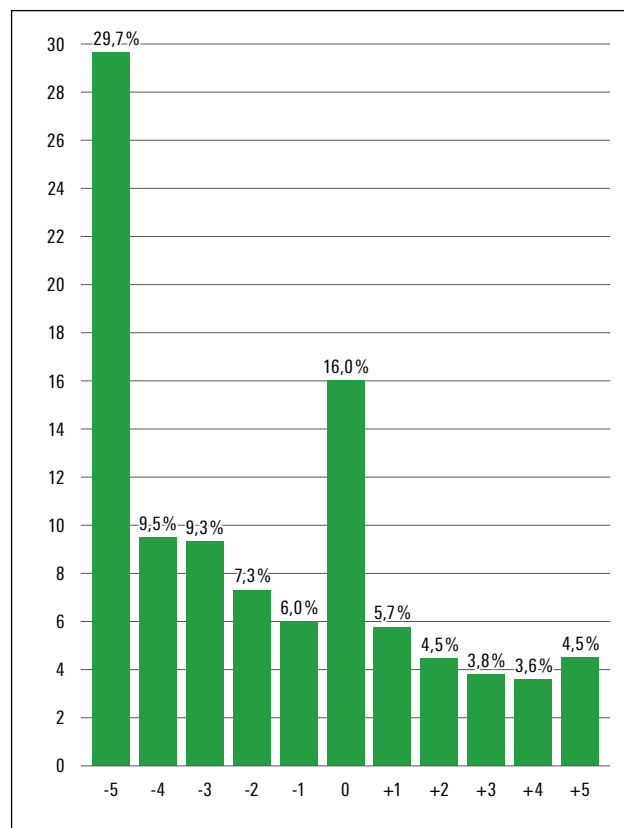
54 Vgl. zum Beispiel www.saarbruecker-zeitung.de/nachrichten/politik/inland/buendnis-sahra-wagenknecht-termin-fuer-ersten-parteitag-steht-fest-aid-102548665.

55 In einer Umfrage der Forschungsgruppe (FG) Wahlen für das «Politbarometer» im November 2023, in der die Beliebtheit von zehn führenden Bundespolitiker*innen erfragt wurde, erzielte sie einen mittleren Beliebtheitswert von -1,4 auf einer Skala von -5 bis +5. Nur die AfD-Politikerin Alice Weidel schnitt noch schlechter ab; vgl. www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/November_I_2023/. In den folgenden Umfragen zeichnete sich jedoch ein Aufwärtstrend ab (-1,1 im Dezember 2023; -0,9 im Januar 2024).

Eine Fanggemeinde findet sich in der Gesamtschau nicht (siehe Abb. 4), lediglich in Abstrichen unter AfD- und Linke-Wähler*innen (siehe Anhang, Abb. A1). Die ablehnenden Haltungen unter den potenziellen Wähler*innen der Linken (aus dem Jahr 2023) deuten wiederum darauf hin, dass Sahra Wagenknecht der Linken zuletzt mehr geschadet als genützt hat (siehe Anhang, Abb. A2).

Der Verdacht liegt nahe, dass mit Blick auf die vermeintliche Anziehungskraft und Polarisierung Wagenknechts die Medien «selbst die Produzenten von etwas [sind], was sie mit sozialwissenschaftlichem Beistand als unabhängig von sich selbst zu beobachten glauben» (Mau 2022: 18), und dass öffentliche Diskursteilnehmende die im öffentlichen Raum erzeugten Bilder von Wagenknecht «als Abbild realer Meinungslandschaften missverstehen» (ebd.). Damit werden dem BSW wie Sahra Wagenknecht Aufmerksamkeit, Sendezeit sowie Weihen als ernst zu nehmende Opposition zur Ampel-Regierung zuteil, die weit über die personellen Voraussetzungen des Parteiprojekts sowie die tatsächliche Zustimmung in der Bevölkerung hinausgehen. Die Chancen des BSW, trotzdem zumindest mit Protestwähler*innen ein paar Wahlerfolge einzufahren, werden durch ein so vorbereitetes mediales Umfeld freilich begünstigt.

Abbildung 4: Beliebtheitswerte von Wagenknecht in der Bevölkerung (eigene Grafik)



KONKURRENZ FÜR WEN?

Kann das Bündnis Sahra Wagenknecht den Aufstieg der AfD rückgängig machen? Inwiefern stellt es für die Linke eine (existenzielle) Bedrohung dar?

Wie sehr das BSW die AfD schwächen könnte, ist unklar. Der Anteil der potenziellen BSW-Wähler*innen unter den AfD-Wähler*innen im engeren Sinne variiert je nach Umfrageinstitut zwischen 29 Prozent (Kantar/RLS) und 21 Prozent (FG Wahlen/«Politbarometer»). Andere Umfragen kommen auf deutlich höhere Werte, könnten das tatsächliche Potenzial aber wie oben diskutiert überschätzen.⁵⁶ Bei Forsa geben lediglich 5 Prozent der AfD-Wähler*innen an, sicher BSW zu wählen.⁵⁷ Dieser Wert und die große Spannweite zeugen davon, dass die meisten der BSW-Sympathisierenden unter den AfD-Wähler*innen eher ein grundsätzliches Interesse am BSW bzw. an Sahra Wagenknecht denn eine feste Wahlabsicht teilen. Wie sehr das BSW aus diesem größten Pool potenzieller Wähler*innen schöp-

fen und damit die AfD tatsächlich schwächen kann, wird also insbesondere davon abhängen, wie stark das BSW sich – dem Auftreten von Sahra Wagenknecht in der Vergangenheit entsprechend – darauf konzentriert, AfD-Wähler*innen für sich zu gewinnen. Ob das BSW nun erfolgreich eine Lücke im politischen Raum besetzen kann oder an seinem ideologischen Eklektizismus scheitert, weil die Menschen auf längere Sicht das kulturkämpferische oder auch soziale Original wählen, wird sich erweisen müssen. Gleichwohl messen wissenschaftliche Beobachter*innen letzterem Mechanismus das größere Gewicht zu und führen bei den als Vergleich oft herangezogenen dänischen Sozialdemokraten andere Gründe an (Mudde 2024).

Bei den Nichtwähler*innen sind die Werte demgegenüber geringfügig überdurchschnittlich. Obwohl Linkskonservative der Wahlurne überdurchschnittlich oft fernbleiben (Steiner/Hillen 2021), scheinen Nichtwählende das Repräsentationsangebot des BSW zumin-

⁵⁶ A. Wagner (2023) ermittelt einen Wert von 43 Prozent Linksautoritärer bzw. -konservativer und infratest-dimap einen Wert von 55 Prozent potenzieller BSW-Wähler*innen unter den AfD-Wähler*innen.

⁵⁷ www.n-tv.de/politik/Wagenknecht-koennte-Linken-und-AfD-gefaehrlich-werden-article24327243.html.

dest nicht in besonderem Maße als Grund zu sehen, hieran etwas zu ändern. Auch das stellt die Validität der These infrage, dass das BSW ungeachtet seiner tatsächlichen Erfolgsaussichten die viel diskutierte «linkskonservative» Repräsentationslücke erfolgreich schließen könne.

Von den aktuellen Linken-Wähler*innen gaben (im November 2023) je nach Umfrage zwischen 13 (Candias 2023) und 30 Prozent an, das BSW «wahrscheinlich» wählen zu wollen, und gehören somit zum engeren Wähler*innenpotenzial des BSW. Forsa zufolge wollten im August 2023 etwa 22 Prozent der damaligen Linke-Wähler*innen eine Wagenknecht-Partei «auf jeden Fall» wählen. Aiko Wagner (2023) zufolge sind 23 Prozent der potenziellen Wähler*innen der Linken linksautoritär bzw. linkskonservativ eingestellt und insofern möglicherweise dem BSW zugeneigt. Infratest-dimap zufolge kommt für 40 Prozent der Linke-Wähler*innen die Wahl des BSW grundsätzlich infrage (infratest-dimap für «Deutschlandtrend», November 2023).

Zwar sind in den ersten Umfragen, die das BSW einschlossen, die Wahlanteile der Linken stabil geblieben, nachdem sie nach Ankündigung der Parteigründung leicht zurückgingen. 13 bis 40 Prozent potenzielle Verluste in Richtung BSW sind aber durchaus ernst zu nehmen für Die Linke als eine Partei, die um den Wiedereinzug in den Bundestag kämpft. Zumal damit zu rechnen ist – sollte sich das BSW erfolgreich etablieren –, dass initial ein gewisser Anteil derjenigen Linke-Wähler*innen abwandert, denen das BSW unter den gegebenen Bedingungen ein besseres Angebot machen kann. Das Wähler*innenpotenzial des BSW ragt damit aber dennoch weniger stark in die Linken-Wähler*innenschaft hinein als bereits seit Jahren die potenzielle Wähler*innenschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Nach den Bundestagswahlen 2013, 2017 und 2021 kam für 41, 58 bzw. 60 Prozent der Linke-Wähler*innen die Wahl der SPD infrage, die Wahl von Bündnis 90/Die Grünen in den gleichen Jahren für 44, 50 bzw. 69 Prozent der Wähler*innen.⁵⁸ Gleichwohl sagen solche Werte noch nichts über tatsächliche Verluste aus – trotz der starken Konkurrenzsituation mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat Die Linke bei der Bundestagswahl 2017 Wähler*innen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hinzugewonnen, 2021 wiederum stark an sie verloren. Ob sich potenzielle Gewinne oder Verluste realisieren, hängt stark von der Performanz der jeweiligen Parteien ab. Entgegen manchen Befürchtungen führt die Konkurrenz durch das BSW nicht unbedingt dahin, dass etwa

migrations skeptische Linke-Wähler*innen sämtlich zum BSW oder zu anderen Parteien abwandern werden. Bei der Bundestagswahl 2017 haben «linkskonservative» Wähler*innen vor allem dann oftmals für Die Linke gestimmt, wenn sie sozioökonomische Themen als wichtigste Probleme der Gesellschaft ansahen (Steiner/Hillen 2021: 8). Der Grund hierfür lag darin, dass sie der Partei Die Linke am ehesten zutrauten, sich für diese Belange einzusetzen, sie also am kompetentesten oder auch glaubwürdigsten wahrnahmen, in ihrem Sinne oder im Sinne von Menschen wie ihnen zu handeln (ebd.; Stubager/Slothuus 2013). Die vergangenen Wahlniederlagen sowie die Abspaltung des BSW dürften in den Augen der Wähler*innen die Kompetenz der Linken in ihrem sozioökonomischen Markenkern infrage gestellt haben. In welchem Umfang dies geschieht, inwieweit Die Linke hier an das BSW verliert oder von anderen Parteien gewinnt, kann sie dadurch beeinflussen, welche Themen sie wie in den Vordergrund stellt.

Umgekehrt ist die Erweiterung des Wähler*innenpotenzials der Linken möglich: durch mehr Klarheit, eine verbindende soziale und ökologische Ausrichtung, Gewerkschaftsorientierung, mit Forderungen nach radikaler Umverteilung sowie einer dezidierten Friedenspolitik auf der Höhe der Zeit. Erhebliche Potenziale hat Die Linke vor allem bei Menschen mit geringem Einkommen, bei Wähler*innen, die von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enttäuscht sind, bei Rückkehrenden, die wegen Wagenknecht gegangen sind, bei jungen Erstwähler*innen – und wenn es gelingt, ehemalige Linke-Wähler*innen und Nichtwähler*innen zu mobilisieren.

Diese Zielgruppen wären mit jeweils unterschiedlichen Ansprachen und Schwerpunktsetzungen zu erreichen. Auf welche Wähler*innengruppen Die Linke bei den kommenden Wahlen in besonderem Maße setzen möchte, bedarf daher einer weiteren politisch-strategischen Klärung. Wie erfolgsversprechend unterschiedliche politische Ansprachen sind, ist nicht zuletzt auch eine empirische Frage, die weiterer Untersuchungen des Wahlpotenzials und seiner Ausschöpfung bedarf.

Ob es der Partei Die Linke, dem Bündnis Sahra Wagenknecht oder beiden gelingt, bei der Bundestagswahl 2025 die Fünfprozenthürde zu überspringen, wird sich letztlich erweisen. Bei beiden Parteien ist hierfür ein Potenzial vorhanden. Die kommenden Wahlen bis zur Bundestagswahl werden als Indikatoren gelten, inwiefern es den beiden Parteien gelingt, ihr Potenzial auszuschöpfen und in Wahlerfolge zu verwandeln.

58 Die potenziellen Verluste in Richtung AfD, Union und FDP sind demgegenüber klein. Die Zahlen beruhen auf eigenen Berechnungen anhand der Nachwahlquerschnitte der deutschen Wahlstudien von 2013, 2017 und 2021. Gemessen wurde das Wähler*innenpotenzial der jeweiligen Parteien über die sogenannte Propensity to Vote, in der Wähler*innen gefragt werden, «wie wahrscheinlich es ist, dass Sie [eine bestimmte Partei] jemals wählen würden» (GESIS 2020, 2023d). Diese wird auf einer Skala von 1 bis 11 abgefragt. Einer gängigen Operationalisierung folgend (Häusermann 2020) werden alle, die es als mindestens «eher wahrscheinlich» ansehen, eine Partei einmal zu wählen, als potenzielle Wähler*innen dieser Partei operationalisiert (Personen mit Werten von 7 bis 11). Sie wurden gewichtet mit den bereitgestellten soziodemografischen Gewichtungsfaktoren.

LITERATUR

- Arbeitsgruppe «Zukunft der Partei DIE LINKE» der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2022: Eine starke Partei DIE LINKE ist möglich und wird gebraucht! Zehn Herausforderungen für einen solidarischen Aufbruch, 9.6.2022, unter: www.rosalux.de/mediathek/media/element/1777.
- Bergmann, Michael, 2011: IPFWHEIGHT: Stata module to create adjustment weights for surveys, unter: <https://econpapers.repec.org/software/bocbocode/s457353>.
- Braband, Carsten, 2023: Wo liegt das Potenzial einer Wagenknecht-Partei?, in: Jacobin, 9.6.2023, unter: <https://jacobin.de/artikel/wo-liegt-das-potenzial-einer-wagenknecht-partei-gruendung-linke-konservative-carsten-braband>.
- Buchmayr, Florian, 2022: Variationen politischen Denkens. Eine milieutheoretische Untersuchung politischer Einstellungsmuster, in: Zeitschrift für Soziologie 4/2022, S. 385–403.
- Candeias, Mario, 2018: Populistisches Momentum? Lernen von Corbyn, Sanders, Mélenchon, Iglesias (Ein indirekter Kommentar zur Kampagne von #aufstehen), in: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Oktober 2018, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/populistisches-momentum>.
- Candeias, Mario, 2021: Caring for Future – Die LINKE vor der Wahl, in: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, August 2021, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/caring-for-future-die-linke-vor-der-wahl>.
- Candeias, Mario, 2022: #DieLINKEbrauchs, in: LuXemburg – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Juni 2022, unter: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/die-linke-brauchs>.
- Candeias, Mario, 2023: Kaum Überschneidungen zwischen Wähler*innenpotenzial. Aktuelle repräsentative Umfrage zeigt Unterschiede zwischen der Partei DIE LINKE und BSW, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 17.11.2023, unter: www.rosalux.de/news/id/51251/kaum-ueberschneidungen-zwischen-waehlerinnenpotenzial.
- Eifler, Ulrike/Böhlke, Nils, 2023: Warum die BSW für Gewerkschafter*innen keine Alternative ist, in: der Freitag, 29.12.2023, unter: www.freitag.de/autoren/nboehlke/parteineugruendung-warum-die-bsw-fuer-gewerkschafter-innen-keine-alternative-ist.
- Engler, Sarah, 2020: Centrist anti-establishment parties and their protest voters: more than a superficial romance?, in: European Political Science Review 3/2020, S. 307–325.
- Friedrich, Sebastian/Solty, Ingar, 2023: Das Wagenknecht-Paradox, in: Jacobin, 14.12.2023, unter: <https://jacobin.de/artikel/wagenknecht-bsw-afd>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2020: GLES Querschnitt 2009–2017, Kumulation. ZA6835 Datenfile Version 1.0.0., Köln, unter: <https://doi.org/10.4232/1.13648>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2023a: GLES Panel 2016–2021, Wellen 1–21: ZA6838 Datenfile Version 6.0.0., Köln, unter: <https://doi.org/10.4232/1.14114>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2023b: GLES Panel 2023, Welle 23: ZA7729 Datenfile Version 1.0.0., Köln, unter: <https://doi.org/10.4232/1.14064>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2023c: GLES Panel 2023, Welle 24: ZA7730 Datenfile Version 1.0.0., Köln, unter: <https://doi.org/10.4232/1.14141>.
- GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2023d: GLES Querschnitt 2021, Vor- und Nachwahl. ZA7702 Datenfile Version 2.1.0., Köln, unter: <https://doi.org/10.4232/1.14170>.
- Gomez, Raul/Ramiro, Luis, 2022: Radical Left Voters in Western Europe, London/New York.
- Häusermann, Silja, 2020: Social Democracy in competition: voting propensities and electoral trade-offs, Universität Zürich.
- Häusermann, Silja/Kitschelt, Herbert/Abou-Chadi, Tarik/Ares, Macarena/Bischof, Daniel/Kurer, Thomas/Ditmars, Mathilde van/Wagner, Markus, 2021: Transformation of the left. The myth of voter losses to the radical right, in: Democracy and Human Rights, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Hawkins, Kirk A./Kaltwasser, Cristóbal Rovira, 2018: Introduction: The ideational approach, in: Hawkins u. a. (Hrsg.): The Ideational Approach to Populism. Concept, Theory, and Analysis, London, S. 1–24.
- Hillen, Sven/Steiner, Nils D., 2020: The consequences of supply gaps in two-dimensional policy spaces for voter turnout and political support. The case of economically left-wing and culturally right-wing citizens in Western Europe, in: European Journal of Political Research 2/2020, S. 331–353.
- Kahrs, Horst, 2022: DIE LINKE und ihre Wählerinnen und Wähler. Eine Geschichte des wechselseitigen Missverständens?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 209, 4/2022, S. 591–606.
- Lehrer, Roni/Lin, Nick, 2020: Everything to Everyone? Not When You Are Internally Divided, in: Party Politics 6/2020, S. 783–794.
- Lewandowsky, Marcel/Wagner, Aiko, 2022: Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany, in: Representation. Journal of Representative Democracy 59, S. 485–512.

- Lucke, Albrecht von, 2023:** «Ami go home»: Der Irrweg der Wagenknecht-Lafontaine-Linken, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 3/2023, S. 5–8.
- Lux, Thomas/Mau, Steffen/Jacobi, Aljoscha, 2022:** Neue Ungleichheitsfragen, Neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern, in: *Berliner Journal für Soziologie* 32, S. 173–212.
- March, Luke, 2011:** *Radical Left Parties in Europe*, London, New York.
- Mau, Steffen, 2022:** Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung, in: *Merkur* 874, S. 5–18, unter: www.merkur-zeitschrift.de/artikel/kamel-oder-dromedar-a-mr-76-3-5/
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus, 2023:** Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin.
- Mudde, Cas, 2016:** *Populist Radical Right Parties in Europe Today*, in: *Transformations of Populism in Europe and the Americas. History and Recent Tendencies*, London, S. 295–307.
- Mudde, Cas, 2024:** Can Europe's new «conservative left» persuade voters to abandon the far right?, in: *The Guardian*, 16.1.2024, unter: www.theguardian.com/commentisfree/2024/jan/16/conservative-left-europe-far-right-sahra-wagenknecht-germany.
- Nachtwey, Oliver, 2023a:** BRD noir, in: *FAZ*, 18.9.2023, unter: www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kann-sahra-wagenknecht-die-parteilgruendung-gelingen-19180382.html.
- Nachtwey, Oliver, 2023b:** Sovereign Virtues?, in: *Sidecar/New Left Review*, 18.12.2023, unter: <https://newleftreview.org/sidecar/posts/sovereign-virtues>.
- Pressekonferenz BSW, 8.1.2024**, unter: www.youtube.com/watch?v=FN-jGiLrvd4.
- Reitzig, Daniel, 2021:** Der Linksruck, der keiner war, in: *Jacobin*, 29.7.2021, unter: <https://jacobin.de/artikel/der-linksruck-der-keiner-war-spd-saskia-esken-norbert-walter-borjans-kevin-kuehnert-olaf-scholz-agenda-2010-gerhard-schroeder-seeheimer-kreis>.
- Rockrohr, Ole, 2023:** Forsa-Chef Matuschek: Sahra Wagenknecht droht ein Wahl-Fiasko, in: *Berliner Zeitung*, 14.12.2023, unter: www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/sahra-wagenknecht-droht-ein-wahl-fiasko-sagt-forsa-chef-matuschek-li.2167804.
- Schwerdtner, Ines, 2022:** Wann ist es soweit?, in: *Jacobin*, 14.12.2022, unter: <https://jacobin.de/artikel/wann-ist-es-soweit-die-linke-linkspartei-sahra-wagenknecht-spaltung-progressive-linken-schwerdtner>.
- Solty, Ingar, 2023:** Bündnis Sahra Wagenknecht: Fünf Thesen zur Anti-Establishment-Partei, in: *der Freitag* 44/2023.
- Somer-Topcu, Zeynep, 2015:** Everything to Everyone: The Electoral Consequences of the Broad Appeal Strategy in Europe, in: *American Journal of Political Science* 4/2015, S. 841–854.
- Steiner, Nils D./Hillen, Sven, 2021:** Vote Choices of Left-Authoritarians: Misperceived Congruence and Issue Salience, in: *Electoral Studies* 70, S. 1–11.
- Stör, Christian, 2023:** Umfrage-Beben: Wagenknecht startet durch – Neue Partei schießt in die Höhe, in: *Merkur*, 31.10.2023, unter: www.merkur.de/politik/union-linke-wahlen-wagenknecht-partei-umfrage-buendnis-bsw-umfrage-afd-zr-92642576.html.
- Stubager, Rune/Slothuus, Rune, 2013:** What Are the Sources of Political Parties' Issue Ownership? Testing Four Explanations at the Individual Level, in: *Political Behavior* 3/2013, S. 567–588.
- Vries, Catherine E. de/Hobolt, Sara 2020:** *Political Entrepreneurs. The Rise of Challenger Parties in Europe*, Princeton, NJ/Oxford.
- Wagner, Aiko, 2023:** Lechts oder links? Das Bündnis Sahra Wagenknecht im Parteienwettbewerb, Friedrich-Ebert-Stiftung, unter: www.fes.de/abteilung-analyse-planung-und-beratung/artikelseite-apb/lechts-oder-links-das-buendnis-sahra-wagenknecht-im-parteienwettbewerb.
- Wagner, Sarah/Wurthmann, L. Constantin/Thomeczek, Jan Philipp, 2023:** Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape, in: *Politische Vierteljahresschrift* 3/2023, S. 621–636.
- Wurthmann, L. Constantin, 2022:** Wertorientierungen und Wahlverhalten. Effekte gesellschaftlicher Wertorientierungen bei den Bundestagswahlen 2009–2017, Wiesbaden.

ANHANG

Abbildung A1: Bewertung Sahra Wagenknecht nach potenzieller Zweitstimme

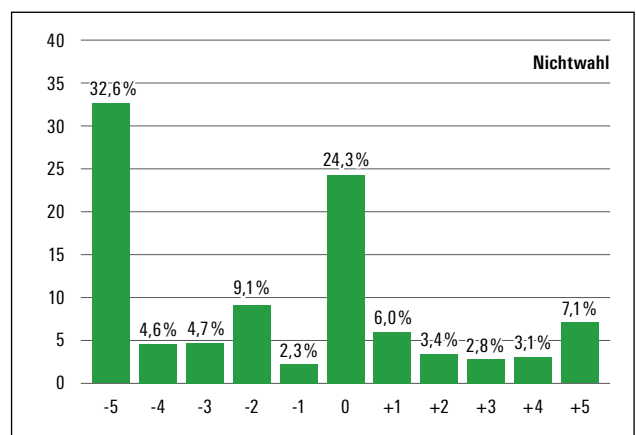
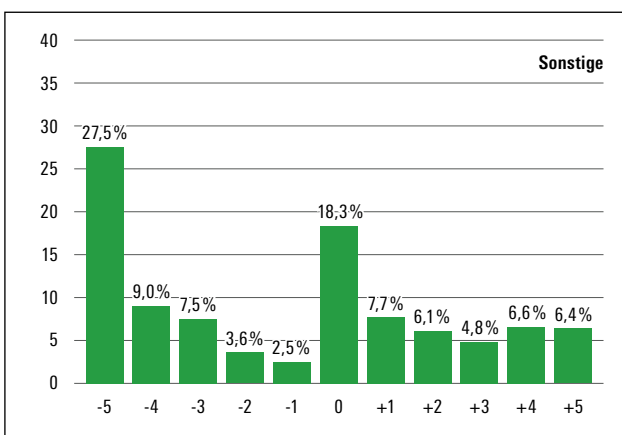
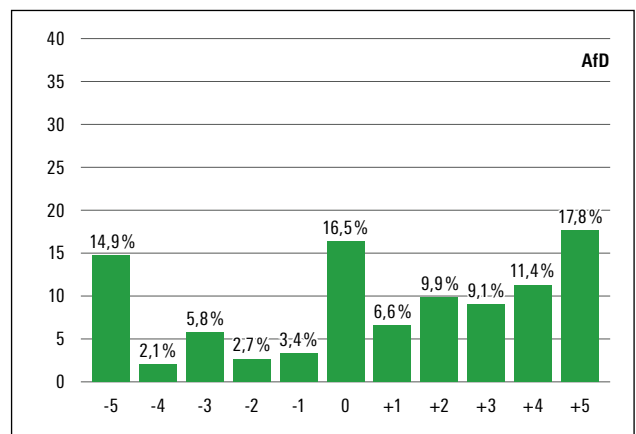
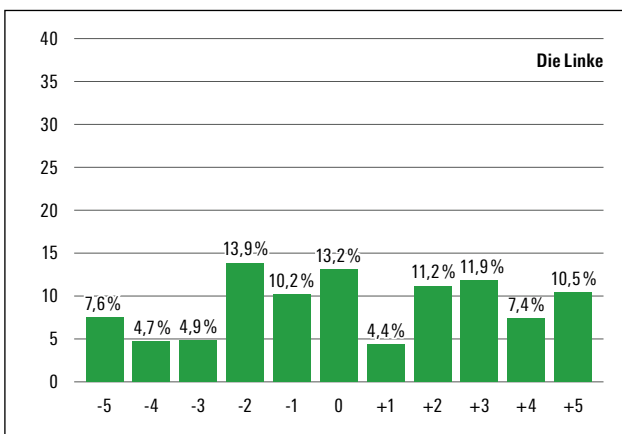
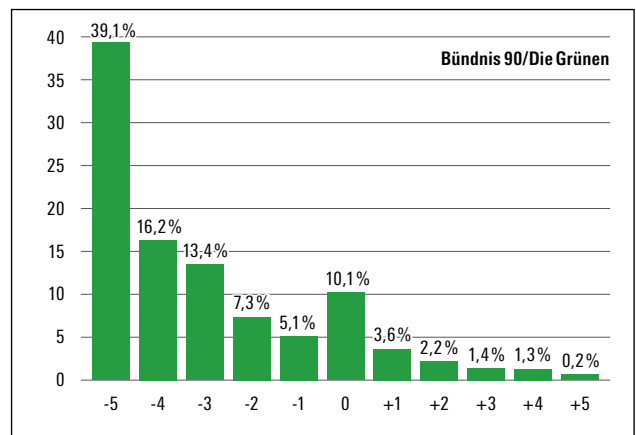
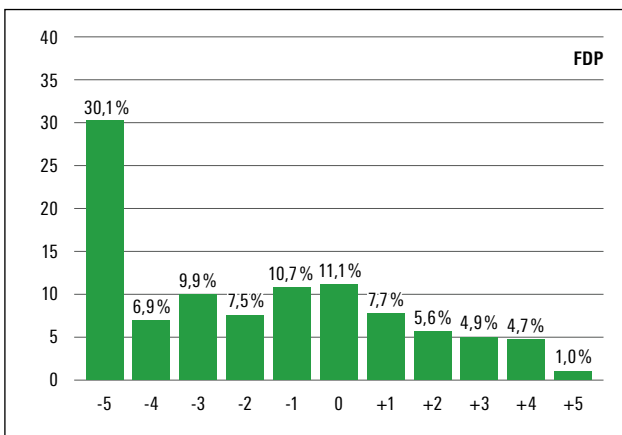
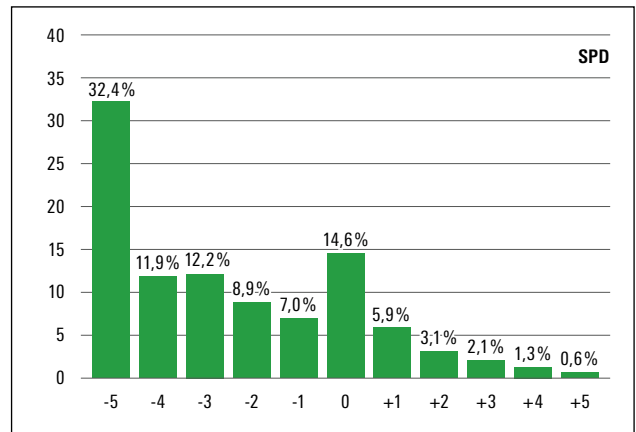
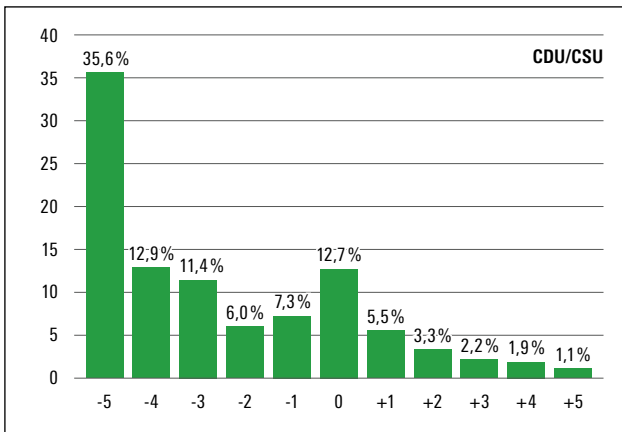
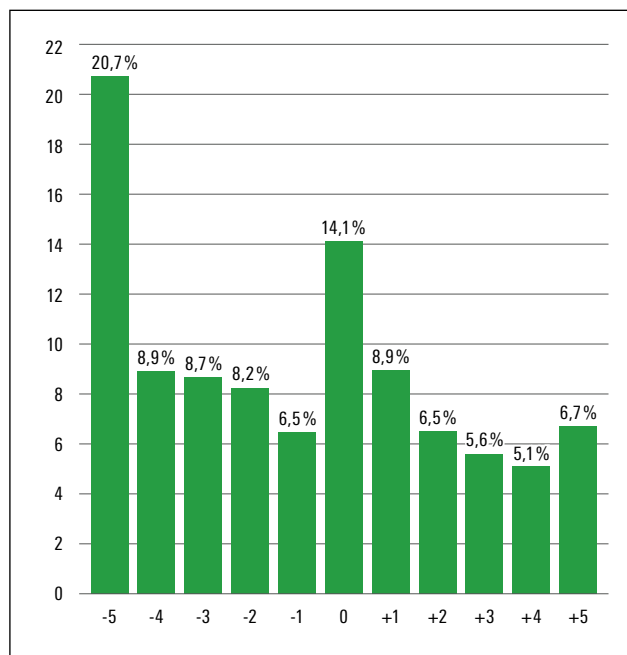


Abbildung A2: Bewertung von Sahra Wagenknecht im Wähler*innenpotenzial der Partei Die Linke, 2023



Anhang A3: Daten und Gewichtung

Die GLES-Panel-Daten sind die zum Zeitpunkt der Analyse aktuellsten verfügbaren Forschungsdaten mit umfassenden Informationen zu politischen Einstellungen, Parteipräferenzen und Sozialdemografie und der Beurteilung von Sahra Wagenknecht als Politikerin. Sie haben im Vergleich zu anderen Erhebungen eine recht große Fallzahl. Die Panelstruktur bietet darüber hinaus den Vorteil, umfassender auf Einstellungsverteilungen und Wahlergebnisse gewichten zu können, was den Repräsentativitätsproblemen von Stichproben aus Online-Access-Panels entgegenwirkt. Daher bilden sie die beste verfügbare Datengrundlage für die Zwecke dieser Analyse und dürften verlässlich grobe Tendenzen der Eigenschaften der jeweiligen Elektorate abbilden.

Die Wähler*innenschaften der Parteien in den Abbildungen 1 und 2 wurden operationalisiert als diejenigen, die in der Erhebung vom Mai 2023 (Welle 24) angegeben haben, die Wahl der jeweiligen Partei zu beabsichtigen.

Das BSW-Wahlpotenzial wurde entsprechend der Vorgehensweise von Wagner et al. (2023) operationa-

lisiert als die Gruppe all jener, die die Politikerin Sahra Wagenknecht als (eher) positiv sowie besser als die Partei Die Linke bewerten.

Um möglichst repräsentative deskriptive Ergebnisse zu erhalten, wurden in Anlehnung an die von GESIS verwendete Methode der Gewichtungsgenerierung mit dem Stata-ado `ipfweight` (Bergmann 2011) Gewichte erstellt. Hierzu wurden Gewichte anhand bekannter Randverteilungen von soziodemografischen Merkmalen, politischen Einstellungen und Wahlverhalten mit einem maximalen Gewichtungsfaktor 8 berechnet, um übermäßig einflussreiche einzelne Beobachtungen zu vermeiden. Als soziodemografische Merkmale wurden die in der GLES-Panel-Dokumentation berichteten Randverteilungen aus dem Mikrozensus 2019 von Alter, Geschlecht, Schulabschluss und Wohnort in Ost- und Westdeutschland verwendet. Als Randverteilung der politischen Einstellungen wurden zeit- und wortgleich erhobene Verteilungen im auf Zufallsstichproben basierenden GLES-Vor- und Nachwahlquerschnitt 2021 berechnet und herangezogen (GESIS 2023d): Die oben verwendete Einstellung zu Einkommensumverteilung und zu Zuwanderung sowie das politische Interesse und das Item eines Populismusmessinstruments, das Volk sei untereinander ähnlicher als die politische Elite. Schließlich wurde unter Ausnutzung der Panelstruktur die Daten anhand des 2021 tatsächlich berichteten Wahlverhaltens auf das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2021 angepasst. In der Darstellung der Zusammensetzung des potenziellen Elektorats von BSW in Abbildung 3 (erster Balken) stellt sich das Problem, dass die zuvor verwendete Gewichtung nur unzureichend auf die Unterrepräsentation von Nichtwähler*innen korrigiert (17%). Demgegenüber berichtet das Forsa-Institut im Erhebungszeitraum Mai 2023 in seinen Umfragen einen durchschnittlichen Anteil von 24% von Personen, die beabsichtigen, sich ihrer Stimme zu enthalten, oder «weiß nicht» auf die Sonntagsfrage antworteten.⁵⁹ Um den Anteil von Nichtwähler*innen dennoch realistisch abzubilden, wurden in Abbildung 3 auch Letztere unter die Nichtwähler*innen gefasst und Gewichte erstellt, die die Stichprobe auch auf diese Randverteilung von 24% anpassen. Der alternative Ausschluss von jenen Wähler*innen mit der Angabe von «weiß nicht» führt letztlich zu gleichen Ergebnissen.

59 www.wahlrecht.de/umfragen/forsa.htm.